

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinhilber, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Preiskategorie oder deren Raum 1/2 Pfg.
Vergütung für Anzeigen und Arbeitsvermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Die Situation auf den Seeschiffswerften.

N. In den Spalten der bürgerlichen Tagespresse an Wasserfront erschienen in letzter Zeit mehrfach Notizen, welchem der Verwunderung Ausdruck gegeben wird, die Arbeiterschaft trotz der sehr weitgehenden Zugeständnisse, welche von den Arbeitgebern bei Beendigung jüngsten Werftarbeiterstreiks gemacht wurden, immer noch unzufrieden sei, so daß man in Kürze mit dem Ausbruch neuer Kämpfe rechnen müsse. Daß diese Unzufriedenheit der Arbeiter nur das Resultat der Gebartheit der Gewerkschaften sein kann, die aus purer Trivialisierung schon wieder vom Zaun zu brechen suchen, erweist sich so nebenbei ganz von selbst aus diesen Notizen, die dazu dienen sollen, die öffentliche Meinung gegen Arbeiterorganisationen mobil zu machen.

In den Verhandlungen, die zwischen den Vertretern der Arbeiterorganisationen und denen des Verbandes der Metallindustriellen stattgefunden haben, sind eine ganze Reihe Dinge unerledigt geblieben, die später durch örtliche Verhandlungskommissionen auf der Grundlage der allgemeinen Vereinbarungen vom 14. Oktober 1910 ihre Erledigung finden sollten. Von vornherein war damit gerechnet worden, daß hierbei Meinungsverschiedenheiten zutage kämen, deshalb hatte man sich dahin verständigt, daß in solchen Fällen die zentrale Verhandlungskommission zur Klärung zugezogen werden soll. Hiergegen ließ sich nichts einwenden, man mußte vielmehr den ehrlichen Willen der Teile, in Zukunft gemeinsam an der Beseitigung von Arbeitskonflikten mitzuwirken, ausdrücklich anerkennen.

Nachdem die Arbeit wieder aufgenommen war, setzten örtliche Kommissionen mit ihrer Arbeit ein. Die Erledigung dieser Kommissionen ging ziemlich glatt vor sich, mit Ausnahme von Hamburg, wo die Unternehmer eine solche örtliche Verhandlung überhaupt nicht mitmachen wollten. Das erregte schon viel böses Blut bei den Arbeitern, denn auch hier hatten eine Anzahl von Punkten Erledigung. In den übrigen Orten wurden die Verhandlungen geführt, aber das Resultat derselben entsprach keineswegs den gehegten Erwartungen. In mehr oder minder scharfer Form deuteten die Unternehmer die getroffenen Vereinbarungen zu ihren Gunsten und lehnten die vorherige Vereinbarung einzelne Punkte des Protokolls ab, die sie nicht verbindlich stellten. Die Berichte unserer Kollegen lauten aus allen Orten ziemlich gleich; es waren besonders die Einstellungslohne, Regelung der Ueberstunden und Lohnzahlung sowie die Akkordvereinbarungen nicht im Sinne der getroffenen Abmachungen anerkannt worden und die Unternehmer hatten außerdem eigene Protokolle in Aussicht genommen, die teilweise von den offiziellen Protokollen abwichen. Die Missbilligung und Unzufriedenheit der Arbeiter hat also eine erklärliche Ursache und ist verständlich, daß energisch auf Abhilfe gedrängt wurde. Die Zentralkommission wurde von allen Seiten mit Fragen und Vorwürfen besetzt und bereits am 7. November faßte sie den Beschluß, die zentrale Verhandlungskommission anzurufen, um den Sinn der getroffenen Abmachungen in einwandfreier Weise feststellen zu lassen. Auf der Seite der Unternehmer aber schien ein Bedürfnis solcher Feststellung nicht zu bestehen, sie lehnten das Ansuchen der gesamten Kommission ab und gaben Beschluß nur eine Besprechung der örtlichen Kommissionen unter Teilnahme je eines Vertreters der zentralen Verhandlungskommission von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite zu.

In dem Einigungsprotokoll vom 14. Oktober heißt es bezüglich der Einstellungslohne, „daß der niedrigste Einstellungslohn auf Grund der bisher gezahlten Einstellungslohne unter Zuschlag der zugebilligten 2 Pfg. festgelegt wird“. Es war schon bei den zentralen Verhandlungen von unserer Seite betont worden, daß die Ermittlung des bisher gezahlten Einstellungslohnes auf Schwierigkeiten stoßen würde, da ein bestimmter Einstellungslohn von keiner Seite anerkannt sei und auf allen Werften und bei allen Branchen die verschiedenartigste Handhabung Platz gegriffen habe. Es dürfte daher, wenn schon nicht der Beschluß, dann aber auch nicht der niedrigste Satz in Anwendung gebracht werden, sondern derjenige Lohnsatz, welcher in letzter Zeit normalerweise bezahlt worden sei. Dem ist seitens der Unternehmer nicht widersprochen worden, jedoch enthält das von ihrem Sekretär geführte Protokoll in dieser Beziehung nichts. Immerhin wird niemand behaupten können, daß die Anrechnung des niedrig-

sten Lohnsatzes den protokolllarischen Vereinbarungen entspreche. Nur die Werftbesitzer sind anderer Meinung.

Am 12. Dezember waren die örtlichen Verhandlungskommissionen aus Bremen, Bremerhaven, Begefaß, Kiel, Flensburg und Stettin nach Hamburg geladen, um im Beisein zweier Herren von der zentralen Verhandlungskommission und zwar der Herren Fabrikbesitzer Garvens vom Verband der Metallindustriellen und Schulz vom Deutschen Metallarbeiterverband die vorliegenden Differenzfälle einer Besprechung und Klarstellung zu unterziehen. Der erste Ort der zur Verhandlung kam, war Stettin. Lassen wir hierüber das offizielle Protokoll reden:

1. Feststellung der Einstellungslohne. In den Hamburger Abmachungen vom 14. Oktober 1910 ist unter Punkt 3 und 4 bestimmt, daß die niedrigsten Einstellungslohne für die außerhamburgischen Werften auf Grund der bisher gezahlten Einstellungslohne unter Zuschlag der zugebilligten 2 Pfg. festgelegt werden.

Die Stettiner Werften faßten diese Bestimmung dahin auf, daß die bisher gezahlten niedrigsten Einstellungslohne um 2 Pfg. erhöht und so die neuen niedrigsten Einstellungslohne gebildet werden sollen.

Die Stettiner Arbeiterschaft wünscht, daß zunächst auf Grund der bisher gezahlten Einstellungslohne Durchschnittseinstellungslohne festgesetzt und daß diese sich so ergebenden Durchschnittslohne um 2 Pfg. erhöht werden.

Es wird eine eingehende Aussprache über diesen Punkt herbeigeführt, in welcher Herr Garvens den Standpunkt vertritt, daß die Stettiner Werften sich genau an die Abmachungen vom 14. Oktober d. J., die allein maßgebend bleiben müssen, gehalten haben. Die Arbeitervertreter sind der Meinung, daß die Abmachungen so ausgelegt werden können, wie sie den Forderungen der Stettiner Arbeiterschaft entsprechen.

Eine Einigung wird nicht erzielt. Dieser Punkt bleibt daher unerledigt.

So lautet vorläufig das von dem Sekretär der Metallindustriellen, Herrn Dr. Grabenstedt, verfaßte Protokoll. Bei den Verhandlungen der übrigen Orte war die Sache natürlich ebenso, eine Einigung über die Höhe der Einstellungslohne nach dem Sinne des mehrermähnten Protokolls vom 14. Oktober wurde nirgends erzielt. Daß die Unternehmer die zukünftigen Einstellungslohne nicht nach den bisher gezahlten Einstellungslohnen, sondern nach den bisher gezahlten niedrigsten Einstellungslohnen bemessen möchten, erscheint noch eher begreiflich als der Standpunkt des Herrn Garvens, der es doch besser wissen mußte. Man braucht nur das Verhandlungsprotokoll genau zu lesen, um die Unrichtigkeit der von den Unternehmern beliebigen Auslegung zu erkennen, ohne daß man den Verhandlungen selber wie Herr Garvens gar als Zeiter beigewohnt hat. Jedenfalls kann keine Rede davon sein, diese Auslegung nimmermehr als unabänderlich hinzunehmen, dazu wird wohl oder übel die gesamte Kommission Stellung nehmen müssen und derjenige Teil, der das etwa nicht will, setzt sich damit ohne weiteres ins Unrecht.

Ueber die Punkte Ueberstunden und Lohnzahlung ist dann noch verhandelt und eine teilweise Einigung erzielt worden, jedoch ist auch hier von einer klaren Durchführung und Anerkennung der Hamburger Abmachungen keine Rede. Bezüglich der Akkordverhältnisse liegen viele Beschwerden der Arbeiter vor, die noch abzustellen sind. Ja, man kann beinahe wieder wie im Jahre 1907 sagen, daß die Unternehmer die papierenen Verbesserungen durch eiserne Ausführungsbestimmungen illusorisch zu machen bestrebt sind. Daß unter solchen Umständen sich abermals ein gewaltiger Konfliktstoff ansammeln und zu gegebener Zeit entladen muß, soll nicht bestritten werden, aber die Schuld daran liegt nicht bei den Arbeitern und ihren Organisationen. Allem Anscheine nach haben die Unternehmer den Friedensbedingungen nur unter einem ausgesprochenen äußeren Druck zugestimmt, in der Absicht, nachher doch zu tun, was ihnen beliebt.

Über wenn auch eine solche Absicht nicht von vornherein bei den Werftbesitzern bestanden hat, so müssen doch aus derartigen Verhandlungen, weil sie nach den „Prinzipien“ der tarifvertragseindlichen Metallindustriellen geführt wurden, mit Naturnotwendigkeit Unklarheiten und Mißverständnisse hervorgehen. Wenn solche Verhandlungen einen Sinn und praktischen Wert haben sollen, dann muß das Resultat derselben klar und deutlich als gegenseitige Vereinbarung von jeder Partei hingenommen, anerkannt und ausgelegt werden. Die Herren Metallindustriellen dagegen belieben eine andere Methode. Die von den Arbeitern aufgestellten Forderungen werden wohl gemeinsam besprochen, aber ein gemeinsames, für beide Teile gleiches Resultat wird nicht festgelegt. Die Herren geben ihre

Erklärungen zu den einzelnen Punkten ab, ihr Sekretär protokolliert diese Erklärung und das wiederholt sich in gleicher Weise in mehreren sogenannten Lesungen, von denen diesmal 4 oder 5 stattfanden. Wenn man dann später die Stellung der Unternehmer zu den einzelnen Punkten erforschen will, muß man alle diese Erklärungen zusammensuchen und wenn diese dann auch nur ein klein wenig „geschickt“ protokolliert sind, ist schon ohne weiteres jede Klarheit ausgeschlossen. Als in den diesmaligen Verhandlungen einigemal ein schwacher Versuch von den Arbeitervertretern gemacht wurde, die ganzen Verhandlungen und besonders das Resultat derselben etwas mehr auf die Basis der in anderen Verufen üblichen Vertragsverhandlungen zu schieben, erhoben die Arbeitgebervertreter sofort ihre Einwendungen und betonten mit größter Entschiedenheit, daß sie alles, was sich dem Gedanken des Tarifvertrages näherte, prinzipiell ablehnten.

In diesem Punkte liegt das Fundament. Die Unternehmer schieben sich vorläufig noch als unumschränkte Herren, sie wollen den Arbeiter persönlich beherrschen und denken nicht daran, ihm ein Mitsprechen bei der Preisgabe seiner Knochen einzuräumen. Und die Konsequenz davon ist, daß auch die Arbeiterorganisation möglichst niedergedrückt und in der Erfüllung ihrer Aufgaben behindert wird. Kann man auch auf die Dauer die Organisation nicht ganz ignorieren, so ist doch noch lange nicht zugegeben, daß man sie auch anerkennt. Die Metallindustriellen wissen zwar die Waffe der Organisation in ihrem eigenen Interesse sehr gut anzuwenden, aber den Arbeitern darf man gleiches Recht nicht zuerkennen. Deshalb gibt es auch für sie keine Tarifverträge und keine gegenseitigen Vereinbarungen zur Regelung der Arbeitsverhältnisse, sie treffen höchstens im Falle der Not einmal „Abmachungen, um einen unliebsamen Streik zu beenden“, und wenn der Streik dann tatsächlich beendet ist, dann haben solche Abmachungen in der Hauptsache ihren Zweck für die Unternehmer erfüllt. Die Lehre, die sich für die Arbeiter hieraus ergibt, liegt ziemlich klar zutage. Sie werden sich auf weitere und schwerere Kämpfe gefaßt machen müssen, um zu ihrem Recht zu gelangen, da sie von der sozialen Einsicht ihrer Arbeitsherren eine Anerkennung ihrer Menschenrechte nicht zu erwarten haben.

Um den gegenwärtigen Streit über die Auslegung der Verhandlungsprotokolle aus der Welt zu schaffen, traten am 2. Januar die Vertreter sämtlicher an der verflorenen Werftarbeiterbewegung beteiligten Gewerkschaften zusammen und beschloßen ein Schreiben an den Metallindustriellenverband zu richten, in welchem um die baldige Anberaumung einer Sitzung der Verhandlungskommission ersucht und gebeten wird, zu dieser eine Vertretung der Seeschiffswerften zuziehen. In dem Schreiben wird auseinandergesetzt, daß es bisher nicht gelungen sei, über einige strittige Punkte, die der Regelung örtlicher Verhandlungen überlassen bleiben sollten, eine Verständigung zu erzielen. Als Ursache der zutage getretenen Gegensätze werden die stellenweise unklaren Verhandlungsprotokolle bezeichnet. Es war wohl vereinbart worden, daß nur die wichtigsten Ergebnisse der Verhandlungen protokolliert werden sollen, doch hat sich diese Art der Protokollierung jetzt als ein Mangel herausgestellt. Da die einzelnen Vorgänge bei den Verhandlungen der Teilnehmer noch in Erinnerung sind, ist eine nochmalige Kommissionssitzung am besten geeignet, in den Streitfragen eine Klärung herbeizuführen.

Wir wollen nun zunächst abwarten, welchen Standpunkt die Unternehmer zu der Sache einnehmen werden und uns bis dahin einer weiteren Klärung enthalten.

Nachstehend fügen wir noch die bis jetzt vereinbarten resp. zugestandenen Einstellungslohne für die Branchen der Tischler, Modelltischler und Schiffszimmerer an.

Ort	Zähler		Schiffszimmerer
	Nr.	Nr.	
Bremen, Armaturen	49	49	48
" " " " " " " "	43	46	44
Bremerhaven	47	—	47
Begefaß	40	41	40
Hamburg	44	46	52
Kiel	43	41	48
Flensburg	37	37	41
Lübeck, Koch	52	—	44
" " " " " " " "	45	—	44
Stettin, Maschinenbau	40	42	43
" " " " " " " "	40	34	42
" " " " " " " "	—	—	42
Moskau	38	39	39

Die Demokratie in den Gewerkschaften.

II. (Schluß)

Der Artikel Pannetocks erweckt den Anschein, als wollte er den Gewerkschaften die längst überwundene Stellung als Rekrutenschule, gewissermaßen als eine Vorstufe der Partei zuweisen. Eine Auffassung übrigens, der auch manche andere Gewerkschaftskritiker im Parteilager zu neigen und aus der sie das Recht herleiten, im Tone väterlicher Überlegenheit den irreführenden Gewerkschaftsführern den richtigen Weg zu weisen. In Wirklichkeit ist das Verhältnis der Parteiorganisation zu den Gewerkschaften das zweier gleichwertiger Glieder desselben Körpers. Sie sind gegenseitig aufeinander angewiesen, und dem Körper, nämlich der Arbeiterkraft, ist es am wünschlichsten, wenn beide wachsen und gedeihen und sich gegenseitig fördern.

Streitigkeiten um den Vorrang sind schädlich und zwecklos, denn beide Teile der Arbeiterbewegung sind gleich wichtig. Sind die Ziele der politischen Arbeiterbewegung weiter gesteckt, so hat die gewerkschaftliche Bewegung den Zweck, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung nach Möglichkeit zu heben. Diese Aufgabe müssen sich die Führer der Gewerkschaften stets vor Augen halten und darauf bedacht sein, die Organisation dementsprechend auszugestalten. Die Frage, ob die Gewerkschaften einmal berufen sein werden, die Rabers für den großen Kampf um politische Rechte zu stellen, muß außer Betracht gelassen werden. Keinesfalls dürfen wir unsere organisatorischen Maßnahmen im Hinblick auf diese Aufgabe treffen, die den Gewerkschaften vielleicht einmal zufallen kann.

Die Gewerkschaften müssen alle Kraft zusammennehmen, um ihre Gegenwartsaufgaben zu erfüllen. Das entspricht auch den Wünschen unserer Mitglieder. Gewiß ist ein großer Teil von ihnen von dem Streben erfüllt, dem Proletariat die politische Macht zu erringen, deshalb sind sie auch zugleich Mitglieder der Parteiorganisation. Den Gewerkschaften aber gehören sie an, weil sie den Wert der Arbeitszeitverkürzung und der Lohnerhöhung richtig zu würdigen wissen. Auf diesem Gebiet soll ihnen die Gewerkschaft helfen. Und die Erfolge, welche die Gewerkschaften erringen, der intensiven Maß, mit welchem diese von den Scharfmachern und in deren Auftrage von der Regierung verfolgt werden, ist Beweis genug, daß die Kampfmethoden und die Einrichtungen der Zentralverbände im allgemeinen zweckentsprechend sind; womit übrigens nicht gesagt sein soll, daß sie nicht im einzelnen verbesserungsfähig wären.

Den Gewerkschaftskritikern im Parteilager macht die nicht genügend ausgebildete Demokratie in den Gewerkschaften, das Vorherrschen des Einflusses der Beamten großen Kummer. Den Grund hat Genosse Pannetock verlesen. Wenn die Beamten ihren Einfluß dazu mißbrauchen würden, allerlei Experimente im Sinne dieser Theoretiker anzustellen, dann könnte man schließlich über die Herrschaft der Bürokraten hinwegsehen. Aber daß die Beamten eifersüchtig darüber machen, daß die Gewerkschaften ausschließlich den durch das Statut vorgeschriebenen Zwecken dienen, das macht diese Gewerkschaftsbürokratie so mißlieblich. Man will den Einfluß der Mitglieder gegenüber den Beamten stärken und gibt zu dem Zweck allerlei schöne Ratsschläge. Originell ist der Vorschlag, den Bernhard Schildbach in der Nr. 10 der „Neuen Zeit“ macht. Er meint, man solle den Schritt wagen und Versammlungsbesuch, Wahl und Abstimmung obligatorisch machen. Das heißt, die Mitglieder zum Besuch jeder Versammlung verpflichten und die Nichterfahrenen mit einer kleinen Geldstrafe belegen. Das sieht theoretisch ganz hübsch aus, praktisch aber würden daraus die unangenehmsten Weiterungen entstehen. In einer Fußnote zu dem Artikel wird übrigens darauf hingewiesen, daß der gleiche Mißstand, nämlich der in der Regel schwache Versammlungsbesuch und dementsprechend die schwache Beteiligung an den Abstimmungen, die nur selten der Meinungsausdruck der wirklichen Mehrheit der Genossen sind, auch in den Parteiorganisationen anzutreffen ist. Es läge deshalb doch wohl viel näher, den guten Rat, den man den Gewerkschaften gibt, zunächst in den Parteiorganisationen auszuprobieren. Schlägt diesen die Eisenbartkur an, dann kann man erwägen, das Experiment in den Gewerkschaften nachzumachen.

Übrigens ist die Gefahr in den Gewerkschaften gar nicht so groß, denn bei wirklich bedeutungsvollen Abstimmungen, insbesondere bei solchen über Lohnkämpfe, haben wir im allgemeinen über schlechte Beteiligung nicht zu klagen. In ruhigen Zeiten läßt allerdings, was die vielen Klagen im Verbandsorgan beweisen, der Versammlungsbesuch häufig zu wünschen übrig, wie sich ja auch an Wahlen und an Urabstimmungen in der Regel nur ein Bruchteil der Mitglieder beteiligt. Das ist ein Mangel, den niemand mehr behauert als die „Gewerkschaftsbürokratie“. Sie ist deshalb auch eifrigst bestrebt, diesem Mangel abzuhelfen und wird jeden brauchbaren Vorschlag mit Dank akzeptieren.

Die Behauptung, daß die Gewerkschaften unter der Herrschaft der Beamten stehen, ist übrigens eine solche, für die ein Beweis schwerlich zu erbringen sein dürfte. Das scheint nur dem Außenstehenden so, weil die Gewerkschaftsangehörigen, den Pflichten ihres Amtes entsprechend, häufig als Repräsentanten ihrer Organisation auftreten. Sie führen hierbei jedoch nur die ihnen von

den Mitgliedern übertragenen Aufgaben aus. Man braucht ja bloß die Wege zu verfolgen, auf welchen die Beschlüsse der Gewerkschaften zustande kommen, um zu erkennen, daß die Organisation der Gewerkschaften durchaus demokratisch ist. In den Werkstattversammlungen, in den Vertrauensmänner- und Mitgliederversammlungen, überall kommt der Wille der Mitglieder zur Geltung. In diesen Versammlungen erscheinen natürlich auch die Angestellten und geben ihrer Ansicht Ausdruck. Aber der Wille der Mitglieder ist entscheidend, und die Angestellten sind verpflichtet, ihn auszuführen.

Die höchste Instanz der Organisation ist der Verbandstag. Hier haben die verantwortlichen Verbandsleiter Rechenschaft abzulegen, und hier werden die Richtlinien für die fernere Tätigkeit der Organisation festgelegt. In der ausgebildeten Demokratie müßten freilich alle Verbandsmitglieder in der Generalversammlung Stimmrecht haben. Daß das praktisch undurchführbar ist, braucht nicht weiter auseinanderzusetzen zu werden. So weit aber als irgend möglich ist der Einfluß des einzelnen Mitgliedes auf die Zusammensetzung des Verbandstages gewährt. Man hat schon öfter die Verbandstage als Beamtenparlamente bezeichnet, wenn man die Präsenzenlisten durchgeht, wird man finden, daß diese Bezeichnung unbegründet ist. Aber wenn wirklich eine erhebliche Anzahl Angestellter als Delegierte an den Verbandstagen teilnehmen, so ist das doch nur ein Beweis für das Vertrauen, welches ihnen die Mehrzahl der Mitglieder aus guten Gründen entgegenbringt. Zugleich werden dadurch diejenigen Lügen gestraft, die da meinen, die Masse der Gewerkschaftsmitglieder vor der Diktatur der Beamten schützen zu müssen.

Dem vom Verbandstag gewählten Verbandsvorstand werden, allerdings innerhalb eines gewissen Rahmens, ziemlich weitgehende Vollmachten ausgestellt. Aber der Vorstand besteht nicht aus lauter Angestellten, sondern in seiner Mehrheit aus unbesoldeten Mitgliedern. Nur wer dem Gewerkschaftsleben gänzlich fremd gegenübersteht, kann behaupten wollen, daß der Verbandsvorstand seine Beschlüsse vom grünen Tisch aus faßt. Er steht nicht nur in ständigem brieflichen Verkehr mit den Zahlstellen, seine Mitglieder kommen auch so viel im Lande herum, daß die Verbandsleitung von den Stimmungen und Wünschen der Mitglieder stets recht gut unterrichtet ist. Bei wichtigen Anlässen gibt überdies die Einrichtung der Urabstimmung Gelegenheit, die Ansicht der Mitgliedschaft genau zu erforschen. So viel steht jedenfalls fest, die Einrichtungen in den Gewerkschaften sind zum mindesten so demokratisch wie die entsprechenden Einrichtungen in der Partei. Und die Parteiangehörigen, die eine so große Sorge um die Wahrung der Demokratie in den Gewerkschaften an den Tag legen, sollten, wenn sie ihren Reformeifer nicht zügelnd können, damit bei der ihnen näher liegenden Stelle beginnen.

Bei alledem wollen wir gar nicht bestreiten, daß die Verbandsleiter nicht selten in die Lage kommen, das Mißfallen einzelner Kollegen oder auch ganzer Zahlstellen zu erregen, wenn sie statutenwidrige Anordnungen oder auch Streikgesuche aus sachlichen Gründen ablehnen müssen. Man hat bei solchen und ähnlichen Fällen schon erlebt, daß sich diese Mißstimmung in recht unschöner Weise entlädt, zur großen Freude derer, denen es Bedürfnis ist, über die Herrschaft der Bürokratie in den Gewerkschaften zu schelten. Diesen Leuten wäre zu empfehlen, sich bei dem Genossen Dr. Adolf Braun Belehrung zu holen, einem genauen Kenner der Gewerkschaftsbewegung, der auch nicht in dem Geruche des Revisionismus steht. Braun hat im „Kampf“, der Monatschrift der österreichischen Sozialdemokraten (Oktoberheft 1910), einen sehr lehrreichen Artikel über „Demokratie und Bürokratie in den Gewerkschaften“ veröffentlicht, in welchem es u. a. heißt:

„Was als undemokratisch in den Gewerkschaften getadelt wird, sind oft Neugierigkeiten, die sich nicht vermeiden lassen. . . . Viel wichtiger ist ein sehr begreiflicher und natürlicher Gegensatz zwischen dem Gesamtinteresse der in der Organisation vertretenen Arbeiter und dem Interesse nicht nur der einzelnen Mitglieder, sondern auch der einzelnen Mitgliedschaften. Wer die gewaltige Verantwortung für eine Organisation von zehntausenden oder hunderttausenden Arbeitern und Arbeiterinnen trägt, der muß es, wenn auch oft schmerzhaft, tragen, daß er häufig den Wünschen der einzelnen Mitglieder und Mitgliedschaften nicht in der Weise Rechnung tragen darf, wie ihm dies selbst häufig erwünscht sein würde. Die Mittel für die längere Fortführung eines Streiks können oft reichlich vorhanden sein, und doch wird ein feiner Verantwortungsbewußter Leiter der Organisation nicht alle Mittel für einen noch so wichtigen Streik zur Verfügung stellen dürfen, weil er nicht die anderen Glieder seiner Organisation entblößen kann von den Voraussetzungen bevorstehender Kämpfe.“

Interessant ist auch, was Braun über die manchem Gewerkschaftsführer so sehr verübete höhere Lebenshaltung sagt:

„Er (der Gewerkschaftsführer) muß mit den reichsten Männern des Landes, mit den großen Unternehmern, mit den oft überreich bezahlten Leitern der Unternehmerorganisationen, mit Beamten, vom Gendarmen bis zum Ministerpräsidenten, verhandeln. Er muß in jeder Hinsicht die vollständige Gleichberechtigung bei den Verhandlungen fordern. Dadurch wird auch sein Auftreten bestimmt. Er muß ebenso die Möglichkeit haben, die Unternehmer und ihre Sekretäre zu empfangen, wie er sich sicher und selbstbewußt in ihren

Bureaus bewegen können muß. Das zwingt zu Aufwendungen in der Kleidung, bei der Wahl der Hotels usw. Diese äußere Repräsentation, die dem einzelnen oft un bequem und unhygienisch ist, wird weniger erzwungen durch den Wunsch der Beamten als durch die Pflichten seines Amtes. Diese Neugierigkeiten sind es häufig, die den Vorwurf undemokratischen Gebarens der Beamten hervorruft.“

Sieht man also die Dinge mit nüchternen Augen an, so ist es mit der Herrschaft der Bürokratie in den Gewerkschaften keineswegs so schlimm, wie es manchmal hinzustellen beliebt wird. Die Beamten sind ein notwendiger Bestandteil der Organisation, und in den Statuten und in der Praxis der Gewerkschaften ist die Demokratie hinreichend gewahrt, um eine Beamtenherrschaft nicht aufkommen zu lassen. Wenn auch bei der Auslese der Beamten stets darauf Bedacht zu nehmen ist, daß die Tüchtigsten berufen werden, so sind doch die geistigen Kräfte in der Organisation nicht so verteilt, daß alle Intelligenz bei den Beamten allein zu finden ist. Wir können mit Genugtuung konstatieren, daß unter unseren berufstätigen Kollegen eine sehr große Zahl äußerst tüchtiger Kräfte vorhanden ist, welche das Wesen und die Einrichtungen unserer Organisation wohl von einer höheren Warte beurteilen können, und die auch nicht zögern würden, einzugreifen, wenn dem Verbands von seinen Beamten Gefahr drohen sollte. Auf die fleißige Mitarbeit dieser Kollegen, die wohl an allen Orten zu finden sind, müssen wir das größte Gewicht legen. Es ist notwendig, daß sie im Bedarfsfall nach der einen wie nach der anderen Seite rückhaltlos ihrer Meinung Ausdruck geben. Wir wollen keine Beamtenherrschaft im Verband, aber die Angestellten haben ein Recht darauf, daß ihnen die Achtung entgegengebracht wird, die ihnen als Vertrauensmänner der Organisation gebührt, welche nach bestem Können ihre Pflicht erfüllen. Solange dieses gute Verhältnis im allgemeinen zwischen den Mitgliedern und den Angestellten unseres Verbandes besteht, wird auch unsere Organisation instande sein, ihre Aufgaben zum Wohle der Kollegenschaft zu erfüllen.

Beredtes Schweigen.

In dem Rückblick, den der „Holzarbeiter“ das Blatt des christlichen Verbändchens in seiner Nr. 83 dem Jahre 1910 widmet, findet sich eine interessante Stelle — interessant nicht durch das was sie sagt, sondern durch das, was sie verschweigt. Sie lautet:

„Für die christlichen Gewerkschaften ergaben sich im Jahre 1910 die Schwierigkeiten Übergang. Für die momentane Entwicklung war das zwar kein Vorteil, aber schließlich sind die Hindernisse da, um überwunden zu werden. In ihnen erproben sich Kräfte, und je geübter diese sind, desto besser und aussichtsreicher gestaltet sich die Zukunft unserer Bewegung. Das gilt namentlich gegenüber dem Antiquenspiel von „Eih Verlin“ und dessen Anfang. Was ist von dieser Seite nicht alles geleistet worden? Es erübrigt sich, des näheren darauf einzugehen, da ja die äußeren Vorgänge allgemein bekannt sind. Es genügt zur Charakterisierung der moralischen Qualifikation von „Eih Verlin“, daß ihm zugehörige katholische Geistliche es fertig bringen, den eigenen Glaubensgenossen den Katholizismus abzusprechen. Getreu dem sozialdemokratischen Grundsatz: „Legst du nicht aus, so lege unter“ verfährt man auch hier, um Anlagematerial gegen die „Sünder“ zu besitzen. Wohlweislich aber unterschlägt man alles, was zur Verteidigung des „Angeklagten“ dienen konnte. Es geht den Herren genau so, wie der Polizei, die ja auch so ziemlich in jedem Nichtpolizisten einen Verbrecher vermutet.“

Ist das alles, so fragt man sich, was sich in der Frage, die jetzt ein volles Jahrzehnt das christkatholische Lager lebhaft erregt, im abgelaufenen Jahre zugegetragen hat? Ist wirklich in dem Verhältnis zwischen christlichen Gewerkschaften und katholischen Fachabteilungen in letzter Zeit nichts geschehen, was des Erwähnens, was der Aussprache in einem Jahresrückblickartikel wert wäre? Merkwürdig, wie die Christlichen, die so feine Spürnasen für Dinge im gegnerischen Lager haben, die Tintenströme vergießen, wenn es sich um eine Verkaufsfähigkeit auf unserer Seite handelt, sich durch Schweigsamkeit auszeichnen, wenn es sich um gewisse Dinge im eigenen Lager handelt! Da kann es wohl nicht schaden, wenn man den sonst so geschwätzigen, und jetzt auf einmal so schweigsamen Herren ein wenig die Erinnerung an Dinge auffrischt, die sie so gerne der Vergessenheit überliefern möchten.

Es ist an dieser Stelle schon wiederholt auf den lieblichen Bunderkampf im christkatholischen Lager hingewiesen worden, der durch zehn Jahre in Wort und Schrift, mit Schimpfen und Gewalttätigkeiten ausgefochten wurde. Kein Schimpfwort der Woffe, keine Tücke und keine Handgreiflichkeit blieb in diesem Kampfe unangewendet, und die Gemüter erhitzten sich bis zu einem Grade, daß man sich sagen mußte: Höher hinauf geht's nimmer! — um dann bald von einer neuen Gewalttätigkeit und Gewalttätigkeit zu hören, die die früheren in den Schatten stellte. Während die Fachabteilungen die christlichen Gewerkschaften des Klassenhasses und des Klassenkampfes, der unchristlichen Gesinnung und der Mißachtung der kirchlichen Autorität beschuldigten, warfen die christlichen Gewerkschaften der Gegenseite „Ellabennmoral“, „händisches Winseln“ dem Unternehmertum gegenüber vor; die Fachabteilungen mußten sich „gewerkschaftliche“ Brunnenvergiftung, „gewerkschaftlichen Streikbruch“ und dergleichen Schandbarkeiten nachsagen lassen. Die christlichen Gewerkschaften drohten den Fachabteilern mit dem Hinawurf aus der Gemein-

Warnung vor Zug!

Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verhandlungszwecke Anlass geben, sind an den Vorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Geschäftsverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.

Zug ist fernzuhalten von:
Mühlern, Maschinen und Pflanzern nach Brunshausen, Haupten, Wuer in Westfalen (Dörppl), Delmenhorst (Wagenfabrik Tönjes), Emden, Eisenberg (Eisenfabrik), Hameln (Norddeutsche Automobilfabrik), Herford (Landwirtschaftliche Maschinenfabrik Niebaum u. Gutenberg), Kaiserlautern (Gabel), Müllheim in Laubach (Freese), Mühlhausen in Thüringen (Weiß u. Seifert), Mühlhausen in Elsaß, Neuenburg (Wittich), Mastatt, Seegerberg, Stolp in Pommern, Zittau, Ling an der Donau (Müllerei).

Maschinen nach Liegnitz und Schmolln (S. A.), Roblethlern nach Zürich (Wiederte u. Schnell), Schmiedern nach Aheinfelden in der Schweiz, Stockholm (Korbfabrik Scholz), Drechsler nach Stolp in Pommern, Tischlern nach Frankenhausen, Tischlern und Wagenbauern nach Delmenhorst, Mastatt, Schöttmar, Orgelbauern und Tischlern nach Leipzig (Wehler u. Co.), Stadtbauern nach Würzeli, Thür.

haft der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, und die Sachverständigen stellen ein Nachwort der kirchlichen Autorität in Aussicht, das den katholischen Arbeitern die Zugehörigkeit zu den christlichen Gewerkschaften unterlegen sollte. Und diese Parteien schworen, daß an einen Frieden nicht zu denken sei; der Kampf könne nur mit der Vernichtung des einen oder des anderen Teils entschieden werden.

So ging der Streit bis Ende vorigen Jahres. Da brach man im Herbst 1910 von Versuchen, zwischen den beiden Richtungen Frieden zu stiften. Die Zentrums-geordneten Fischer, Herffing und Erzberger sollten eine Verständigungskommission gebildet und Schritte getan haben, um die feindlichen Brüder einander näher zu bringen. Darauf erließ das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften eine Erklärung, wonach den leitenden Führern nichts bekannt sei; zu einem Frieden, dem die christlichen Gewerkschaften zustimmen könnten, bestimme in der Zukunft keine begründete Aussicht, und wenn in der Zukunft viel von einem derartigen Frieden geredet und geschrieben werde, so geschehe das meist von Kreisen, die die Differenzen zwischen christlichen Gewerkschaften und katholischen Fachabteilungen nur von der Oberfläche kennen. Es sei aber für alle Einsichtigen klar, daß solche Kreise nicht geeignet seien, die Basis zu den Friedensmöglichkeiten vorzubereiten. Schließlich folgt noch die Feststellung, daß die Friedensbemühungen, die ohne Einvernehmen mit den leitenden Instanzen der christlichen Gewerkschaften gemacht würden, vergebliche Arbeit seien.

Wenige Monate nach dieser Erklärung wurde die Öffentlichkeit bekannt mit dem Briefe des Kardinals Popp, worin er von einer Verfechtung des Westens sprach und mit zornigen Worten sich äußerte über den katholischen Arbeiterverein, die christlichen Gewerkschaften und deren oberste Einrichtungen. Worauf Kardinal Fischer, er sich durch solche Worte mitgetroffen fühlte, nach Rom ging und dem Papst sein Herz samt einem Beutel mit Peterspfennigen ausschüttete. Was er dann beim Papst sagte, hat er in einem Hirtenbriefe an seine Gläubigen mitgegeben. Danach denkt der Papst nicht daran, irgendeiner der katholischen Organisationen zu verzeihen; er ist den christlichen Gewerkschaften wie den katholischen Fachabteilungen in gleichem Maße gewogen; er will aber auch, und darauf legt, wie Kardinal Fischer hervorhob, der Papst besonderen Wert, daß nunmehr aller Zwist und Hader zwischen den beiden Richtungen aufhören und daß man nicht miteinander, denn doch friedlich nebeneinander arbeiten solle. Und Kardinal Fischer, in dessen Verzeihung Gladbach und die Hauptmacht der christlichen Gewerkschaften liegt, fügte hinzu, daß er alles aufbieten werde, um dieser Friedensmahnung des Papstes Geltung zu verschaffen.

Weshalb schweigt von diesen Dingen das christliche Holzarbeiterverbändchenblatt; weshalb schweigt die übrige christliche Gewerkschaftspresse; weshalb schweigt das Organ des Gesamtverbandes, das Zentralblatt? Man erinnere sich der Vorgänge auf der internationalen Konferenz christlicher Gewerkschaftsführer in Zürich vom August 1908, wo die Herren Egerwald, Schiffer, Wieber usw. sich jede Vermischung von kirchlicher Seite in die gewerkschaftlichen Bestrebungen der katholischen Arbeiter verboten, wo dem Papst und den Bischöfen das Wort entgegengerufen wurde: Bis hierher und nicht weiter! Sollen die Herren jetzt offen bekennen, daß sie, nachdem der Papst gesprochen hat, die gute Katholiken dem päpstlichen Gebot gehorchen und Frieden halten werden mit den Streikbrecherorganisationen und gewerkschaftlichen Bannvereinigungen, als die sie bis vor wenigen Wochen noch die katholischen Fachabteilungen bezeichneten pflegten?

Das geht nicht, schon mit Rücksicht auf die evangelischen Arbeiter in ihren Reihen, denen gegenüber sie nicht die Anschauung auskommen lassen können, als ob sie sich ihre Loyalität von Rom aus vorzeichnen ließen. Es geht aber auch nicht, daß sie mit dem Stolz, der sie ehemals zierde, dem Papst gegenüber auf ihre „Selbständigkeit“ und „Unabhängigkeit“ pochen und seiner Heiligkeit wie in den schönen Tagen von Fürst Karmachen, daß sie sich von niemandem in ihre Gewerkschaftstätigkeit hineinreden lassen und nach wie vor die katholischen Fachabteilungen bekämpfen werden. Herrn Erzberger kann man als „Friedensapostel“ verspotten; aber doch nicht den Papst, das Oberhaupt der katholischen Kirche, als dessen treue Anhänger sich die Herren Schiffer, Wieber, Wieber und neun Hehnel ihres Anhanges bekennen.

Was also nun, wenn man nicht Ja und nicht Nein sagen darf? Man schweigt! Man tut, als wenn man niemals ein Wort in dieser Angelegenheit gewagt hätte; man läßt alles hinter sich, was man ehemals als „unwiderruflich“ und „unabänderlich“ verkündet hat — und schweigt. Wenigstens der Öffentlichkeit gegenüber. Hinter den Kulissen, wo sich beim Materialismus so manche Geschäfte abwickeln, wird man natürlich es an Versicherungen der Ergebenheit und des Gehorsams den hohen und höchsten Vertretern der kirchlichen Autorität nicht fehlen lassen. Nach außen aber schweigt man und spielt dort zur Erbauung der Gutmütigen den Standhaften. Dem Kundigen aber sagt das Schweigen der Christlichen mehr als genug!

Soziales.

Der deutsche Heimarbeitertag.

Eine imposante Versammlung war es, die am 12. Januar in Kellers Neuer Philharmonie in Berlin zusammenströmte. Der Zweck des Kongresses war es, dem Reichstag und die Regierung zu beeinflussen, dem demnächst zur zweiten Lesung im Reichstag gelangenden Entwurf eines Handarbeitsgesetzes eine den Wünschen der Arbeiter entsprechende Fassung zu geben. Das Elend der Heimarbeit ist bekannt. Auf dem ersten deutschen Heimarbeitertag in Berlin im Jahre 1904 und deutlicher noch auf den seither an verschiedenen Orten veranstalteten Heimarbeitersammlungen ist es weiteren Kreisen, die bisher von diesen Dingen vielfach keine Ahnung hatten, zum Bewußtsein gebracht worden, unter welcher elenden Verhältnissen Hunderttausende von Volksgenossen, die auf den Erwerb aus der Heimarbeit angewiesen sind, ihr kümmerliches Leben fristen müssen. Eine Frucht dieser Schärfung des öffentlichen Bewußtseins ist der Entwurf eines Heimarbeitersgesetzes, welches die Regierung dem Reichstag unterbreitet hat.

So begrüßenswert der Gedanke ist, die Verhältnisse der Heimarbeiter gesetzlich zu regeln, so wenig entspricht das Gesetz in der jetzt vorliegenden Kommissionsfassung den bescheidensten Arbeiterwünschen. Die Hebung der Lage der Heimarbeiter ist eine Angelegenheit, die den Menschenfreunden in allen politischen Lagern in gleichem Maße am Herzen liegt; das ist ein Gebiet, auf welchem die Gewerkschaften der verschiedenen Richtungen, unbeschadet ihrer sonstigen Differenzen, zusammenarbeiten können. Der Eindruck auf die maßgebenden Kreise muß um so intensiver sein, wenn die verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen, die sich gerade gegenwärtig auf das schärfste beschden, öffentlich zum Ausdruck bringen, daß sie in der Frage des Heimarbeiterschutzes die gleichen Ziele verfolgen. Diese Ermüdung dürfte es gewesen sein, welche die Generalkommission der Gewerkschaften veranlaßte, die Bildung eines Komitees anzuregen, welches paritätisch aus den Vertretern der drei Gewerkschaftsrichtungen und der Gesellschaft für Soziale Reform zusammengesetzt war. Dieser Aktionsausschuß, der unter dem Vorsitz des Professors Dr. Ernst Franke arbeitete, hat die Einladung zu dem Kongress ergehen lassen, der von den beteiligten Kreisen sehr zahlreich besetzt war.

Die ausgegebene Präsenzliste weist 346 Delegierte aus. (Der Deutsche Holzarbeiterverband hatte je ein Mitglied des Verbandsvorstandes und der Redaktion sowie zehn Heimarbeiter und eine Heimarbeiterin aus den verschiedenen für die Heimarbeit in der Holzindustrie in Betracht kommenden Gegenden Deutschlands delegiert.) Außerdem nahmen zahlreiche Regierungsvertreter, Reichstagsabgeordnete von verschiedenen Parteien und bekannte Sozialpolitiker an den Verhandlungen teil. Interessanterweise hatten auch viele Fabrikantenvereine ein lebhaftes Interesse für den Kongress an den Tag gelegt und Vertreter entsandt, die als Gäste zugelassen wurden. Das Hauptreferat halle Professor Dr. Wilbrandt-Führer übernommen. In eindringlicher Weise legte er die Mängel des vorliegenden Entwurfs dar. Mit der Tendenz des Gesetzes ist er einverstanden, aber er bedauert, daß sich viele Bestimmungen des Entwurfs gegen die Arbeiter selbst wenden, indem diese bei Hebertretung von Schutzvorschriften mit Strafe bedrohen. Der beste Heimarbeiterschutz sind höhere Löhne. Gegenüber den Einwendungen, die gegen die gesetzliche Regelung der Löhne erhoben werden, verweist er auf die günstigen Erfahrungen, die damit in dem australischen Staat Victoria gemacht wurden. Deshalb ist es bedauerlich, daß die Bestimmungen über die Erziehung von Lohnämtern, welche die Reichstagskommission in der ersten Lesung beschlossen hat, in der zweiten Lesung wieder gestrichen wurden. Im weiteren Verlauf seines Vortrages regte der Redner die Gründung einer besonderen Organisation an, welche die Wahrnehmung der Interessen der Heimarbeiter als ihre Aufgabe betrachtet.

Diese Organisation, welche die Arbeit des Kongresses fortzusetzen hätte, müßte aus Angehörigen aller Parteien bestehen. Insbesondere denkt er an die Mitwirkung der anständigen Arbeitgeber, welche an der Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz das größte Interesse haben. Was bisher von der Regierung und der Reichstagskommission geschaffen wurde, ist eine ganz gute Vorarbeit, aber es bedarf noch eines aufgeklärten, guten und starken Willens, damit ein wirklicher Heimarbeiterschutz daraus werde. Das Heimarbeiterselbst muß auch aus Deutschland verschwinden! Der lebhafteste Beifall, der dem Referenten gezollt wurde, war wohlverdient.

Nach dem Referat setzte eine äußerst interessante Diskussion ein. Es kamen Redner aus den verschiedensten Industrien und aus allen Gewerkschaftslagern zum Wort. Grundtätliche Meinungsverschiedenheiten waren jedoch kaum wahrzunehmen. Ob die Redner den freien oder den christlichen Gewerkschaften oder den Hirsch-Dunderbergschen Gewerkschaften angehörten, alle brachten sie nur zu begründeten Klagen über die Not und das Elend der Heimarbeiter zur Sprache. Verschiedene Organisationen hatten ihre redigierten Angelegenheiten beauftragt, die Klagen der Heimarbeiter zur Sprache zu bringen. Diese Redner entwarfen anschauliche Bilder, die sie meist in formvollendeter Rede vortrugen. Anschaulicher aber und ergreifender wirkten jedoch die Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen selbst, die meist des Lebens in großen Versammlungen ungewohnt, in äherner und starker Sprache die Verhältnisse schilderten, in denen sie zu leben gezwungen sind. Das ganze Neuhäuser der ausgeemgerten Gestalten auf dem Podium erzählte noch besser als ihre Worte, von der Not und den Entbehrungen, die ständige Gäste in den Stützen der Heimarbeitersammlungen sind. Von den Delegierten des Deutschen Holzarbeiterverbandes hatten zwei, der Kollege Beer, Optikerwarenarbeiter in Steinhilber im Erzgebirge und Kollege Wittgall, Korbmacher in Schnee in Oberfranken Produkt ihrer Heimarbeit mitgebracht und waren so in der Lage, an der Hand dieser Arbeiten, von welchen sie die zur Herstellung erforderliche Arbeitszeit und die erzielten Löhne mitteilten, ihre Worte plastisch zu illustrieren. Diese beiden Redner wurden denn auch mit ganz besonderer Aufmerksamkeit angehört.

Während die Mehrzahl der Redner Klagen über die Notlage der Heimarbeiter vortrug, zeigte Genosse Weinschild vom Verband der Sattler und Portefeuilleer, an der Hand des Beispiels, welches die in der Heimarbeit beschäftigten Portefeuilleer in Offenbach gegeben haben, daß mittels der Organisation die Lage der Heimarbeiter ganz wesentlich gehoben werden kann, ja, daß die Heimarbeiter imstande sind, verhältnismäßig günstige Tarife mit den Unternehmern abzuschließen. Allerdings wirkte bei den Heimarbeitern in der Offenbacher Portefeuilleerindustrie eine Reihe günstiger Momente zusammen, die ihnen ihren Fortschritt ermöglicht haben. Für die große Mehrzahl der Heimarbeiter fehlen jedoch diese günstigen Momente, deshalb kann auf das Eingreifen der Gesetzgebung nicht verzichtet werden. Auf diese Tatsache wies insbesondere der Freiherr von Wertheim in einer kurzen aber gehaltvollen Rede hin. Er betonte, daß eine allgemeine gesetzliche Regelung der Löhne nicht ausführbar und auch für die Arbeiter gar nicht wünschenswert sei. Das ist ein Gebiet, auf welchem sich die Gewerkschaften zu betätigen haben, die auf dem Wege friedlicher Verständigung oder auch durch den Kampf eine Lohnsteigerung erzielen können. Bei den Heimarbeitern liegen jedoch die Dinge so, daß es Prinzipienreiterei bedeuten würde, wollte man auch sie auf die Organisation verweisen, als den einzigen Weg, auf welchem sich ihre Löhne steigern können. Hier muß die Gesetzgebung eingreifen. Wenn einmal auf Grund des Gesetzes Mindestlöhne festgelegt sind, dann wird sich diese Maßnahme, die nur als ein vorübergehender Zustand gedacht ist, bald als überflüssig erweisen. Unter dem Schutz eines solchen Gesetzes wird auch die Organisation der Heimarbeiter so erstarren, daß diese auf den besonderen Schutz verzichten und sich auf die Kraft ihrer Gewerkschaft verlassen können im Kampf um die Erhöhung der Löhne.

Beachtenswert ist, daß sich das Verständnis für die Notwendigkeit von Lohnämtern, welche besetzt sind, Mindestlöhne festzulegen, auch in den Kreisen einschichtig der Unternehmer Bahn bricht. Herr Dreß vom Arbeitgeberverband für das Damenschneidergewerbe Deutschlands, der auf dem Kongress das Wort nahm, verteidigte die Zwischenmeister gegen den Vorwurf, daß sie Schuld tragen an dem Niedergang der Löhne. Die Versuche, einen Minimallohnpreistarif in der Damenfäbrikation zu schaffen, sind an dem Widerstand der Kaufmannschaft gescheitert. Der Arbeitgeberverband unterstützt aber das Verlangen nach Lohnämtern und hat an den Reichstag eine Eingabe gemacht, in welcher Lohnämtern namentlich auch für die Heimindustrie in der Damenfäbrikation verlangt werden.

Als ein schlechter Freund der Heimarbeiter erwies sich der Pastor Richter aus Königsvalde im Erzgebirge. Er fand wohl sehr poetische Worte für die Schilderung der Not der Heimarbeiter, aber für die Mittel zur Beseitigung der Not hat der Mann kein Verständnis. Eine Frau Besse aus Dresden, die als „Kontrollkurierin“ vorgestellt wurde und als Gast das Wort erhielt, machte den Eindruck als ob sie sich in dem Charakter des Kongresses geirrt hätte. In einem Intermezzo von Verboten wird, wie die armen Heimarbeiter mit Redensarten über ihre Not hinwegtäuscht werden können, wäre ihre Rede besser am Platz gewesen. Die Zurufe aus den Reihen der Heim-

arbeiter haben es ihr wohl klar gemacht, daß sie hier keine Sympathie gefunden hat. Den merkwürdigen Ansichten dieser Mednerin trat Genosse Simon vom Schuhmacherverband energisch entgegen. Seine temperamentvollen Ausführungen, in welchen er die elende Lage der Heimarbeiter in der Schuhindustrie schilderte, und der Regierung und dem schwarz-blauen Volk vorwarf, daß sie nur dann Zuredt vor dem Sprung ins Dunkle verschicken, wenn es gilt, Gesetze im Interesse der Arbeiterklasse zu erlassen, nicht aber, wie bei der Zoll- und Steuergesetzgebung, wo den Arbeitern neue Lasten aufgeladen werden, sondern jüdischen Weisheit.

Wir beschränken uns auf diese kleine Blütenlese aus der großen Zahl der Redner und Rednerinnen — das weibliche Geschlecht war nämlich sowohl unter den Teilnehmern des Kongresses als auch unter den Rednern sehr zahlreich vertreten — und verweisen im übrigen auf das demnächst erscheinende Protokoll. Unser Urteil über den Heimarbeitertag können wir in dem Satz zusammenfassen: Er hat einen vorzüglichen Eindruck gemacht. Zu wünschen wäre nur, daß er seine Wirkung auf Reichstag und Bundesrat nicht verfehlt.

Die vom Heimarbeitertag einstimmig angenommene Resolution hat folgenden Wortlaut:

1. Der deutsche Heimarbeitertag begrüßt in dem Entwurf eines Hausarbeitsgesetzes, das dem Reichstag zur Beschlussfassung vorliegt, den ersten Versuch eines gesetzlichen Heimarbeiterschutzes, für den auch das Arbeitsstammengesetz und die Reichsversicherungsordnung eine Ergänzung bieten können. Dringend erforderlich ist indes, daß die bis jetzt von den Reichstagskommissionen hinzugefügten Verbesserungen der Gesetzentwürfe erhalten bleiben; beim Hausarbeitsgesetz die obligatorischen Lohnsätze und Lohnbücher, beim Arbeitsstammengesetz die Wählbarkeit der Angestellten der Berufsvereine, ohne die auch die Heimarbeiter ihrer besten Vertreter beraubt sind.

2. Der Heimarbeitertag erinnert an die Heimarbeit-Ausstellung 1906 in Berlin, deren Ergebnisse in deutschen Volkskreisen weit über dessen Grenzen hinaus, den Eindruck erschütternd niedriger Bezahlung der Heimarbeit hinterließen und Rückschlüsse aufdrängten auf das Elend und die Verkümmern der hausindustriellen Schichten der Nation. An alledem wird durch den Entwurf des Hausarbeitsgesetzes noch nichts geändert. Die Entlohnung der Arbeit bleibt schrankenloser Konkurrenz und persönlicher Willkür, der Ausbeutung der Notlage, der Untermisshandlung und des sozialen Leistungspreises preisgegeben.

3. Der Heimarbeitertag erklärt in Uebereinstimmung mit den wissenschaftlichen Untersuchungen über das Wesen der Heimarbeit und im Einklang mit den internationalen Erfahrungen praktischer Reformversuche: In der Heimarbeit muß staatlicher Arbeiterschutz vor allem durch Hebung der oft unwürdig geringen, zu Ueberarbeit und gesundheitsschädlicher Arbeitsweise zwingenden Löhne geleistet werden. Alle den Fabrikgebeten nachgebildeten Maßnahmen, so nötig sie für das Gemeinwohl sind, treffen den Hausarbeiter selbst, machen ihn persönlich verantwortlich für die Folgen niedriger Löhne. Für diese Verantwortung muß als Voraussetzung eine bessere Bezahlung, die den Heimarbeiter tragfähig für die Anforderungen des Gesetzes macht, verlangt werden.

4. Diese Erkenntnis, ein Gemeingut moderner Sozialpolitik, hat bereits zu dankenswerten Beschlüssen im Reichstag geführt, so u. a. dazu, daß es zu den Aufgaben der Arbeitskammern gehören soll, „in der Hausindustrie die Vereinbar und Regelung der Lohnsätze zu fördern“. Für die hilfsbedürftigsten Industriezweige jedoch müssen außerdem durch Bundesrat oder Landeszentralbehörde Einrichtungen geschaffen werden mit der Befugnis, durch die gewählten Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeiter unter unparteiischem Vorsitz Tarife auszuarbeiten zu lassen, die dann rechtsverbindlich und in ihrer Durchführung staatlich gesichert sind.

5. Nur dann, wenn die hier verfassende Kraft der Arbeiterorganisationen durch die des Staates ersetzt wird, um Tarifverträge zu erzwingen und durchzuführen, nur dann wird der anständige Unternehmer von der Schmutzkonzurrenz, der Heimarbeiter von dem verhängnisvollen Lohndruck befreit, nur dann wird den hoffnungslos Ermatteten die Kraft der Selbsthilfe gegeben, kurz: wirklicher Heimarbeiterschutz auf der Basis des Gesetzes errichtet sein.

6. Außer dieser Hauptforderung erneuert der Heimarbeitertag die während der letzten Jahre in zahlreichen Eingaben und Kundgebungen ausgesprochenen Wünsche der Heimarbeiter, und zwar:

1. Für das Hausarbeitsgesetz: Auferlegung der allgemeinen Registrierpflicht; Unterstellung unter die Gewerbeaufsicht; Durchführung eines sanitären Schutzes; Beschränkung der Ausnahmen auf die dringendsten Fälle; Abkürzung der Uebergangsvorschriften; allgemeine Einführung von Abrechnungsbüchern, obligatorischer Aushang von Lohnsätzen; Entschädigung für unterschuldete Zeilverzögerung beim Gehen oder Bringen von Arbeit.
2. Für das Arbeitsstammengesetz: Verpflichtung zur Förderung der Vereinbar und Regelung der Löhne in der Heimarbeit; Wählbarkeit der Angestellten der Berufsvereine.
3. Für die Reichsversicherungsordnung: Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle Heimarbeiter nicht nur für die Krankenversicherung, sondern auch für die sämtlichen übrigen Zweige der Reichsversicherungsordnung.

Der deutsche Heimarbeitertag gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß mit der Verwirklichung dieser Forderungen dem Elend in der hausindustriellen Bevölkerung gesteuert werden kann, und ermahnt deshalb von Bundesrat und Reichstag, daß diese seine Resolution bei den Beratungen und Beschlüssen volle Berücksichtigung findet, und daß die auf die Heimarbeit bezüglichen Gesetze noch in dieser Session des Reichstages verabschiedet werden.

Doppelzüngigkeit der Zentrumsmitglieder. In Straubing hielt vor kurzem der Zentrumsabgeordnete für den Reichstag und bayerischen Landtag, Wäckermeister Schafbeck, in der bayerischen Arbeitervereine in eine Rede, in welcher er über die Frage der Arbeitslosenversicherung sich folgendermaßen äußerte:

„Es unterliegt keinem Zweifel, daß die für den Arbeiter notwendige Fürsorge erst dann eine gewisse Vollendung und einen Abschluß erreicht hat, wenn neben der Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung mit Witwen- und Waisenversicherung auch eine Arbeitslosenversicherung durchgeführt ist. Es ist ein dringendes Bedürfnis, den Folgen der Arbeitslosigkeit möglichst entgegenzuwirken. Interessiert daran ist nicht bloß der einzelne Arbeiter, sondern die Gesamtheit. Das Deutsche Reich rühmt sich seiner Wirtschaftskraft und vor allem seiner Sozialpolitik. Letztere darf aber nicht versagen in den schwersten Stunden, die den deutschen Arbeiter treffen, in den Stunden der Arbeitslosigkeit. Bei der Arbeitslosenversicherung handelt es sich um Männer der lohnarbeitenden Massen, deren ganze Existenz aufgebaut ist auf der fortgesetzten Lohnarbeit im Dienste anderer, und es ist füglich, diese Klasse einigermaßen sicherzustellen vor den unverschuldeten Wechselfällen in unserem Wirtschaftsleben.“

Eine schöne Rede für katholische Arbeiter, die anscheinend darüber so erbaut gewesen sind, daß sie ganz vergaßen, ihren Herrn Abgeordneten zu fragen, weshalb er denn mit seinen Zentrumspartei Freunden die Arbeitslosenversicherung, die doch ein so dringendes Bedürfnis ist, im bayerischen Landtag abgelehnt hat? Warum er den von den Sozialdemokraten beantragten Zuschuß von ganzen 150 000 Mk. an jene Gemeinden, die eine solche Versicherung einführen, ebenfalls mit niederkampfen helfen? Warum der Herr Abgeordnete im Reichstag zwar kräftig mitgeholfen, durch den Zolltarif den Arbeitern das tägliche Brot zu verteuern, die Witwen- und Waisenversicherung, die das Zentrum dafür versprochen, auf die lange Bank zu schieben?

Doch die Antwort hierauf war schon vorher gegeben. Derselbe Herr hielt nämlich im Sommer 1910 auf dem bayerischen Landtag in Regensburg eine Rede, worin er ausführte:

„Von einem „harten Ringen der Arbeiter“ kann heutzutage wohl kaum mehr die Rede sein. Die Vöthne sämtlicher Arbeiter sind in den letzten Jahren derart gestiegen, daß sich der Arbeiter sehr oft besser stellt als der Arbeitgeber. Bei den heutigen Löhnen ist es jedem Arbeiter bei einiger Sparsamkeit möglich, für sich und seine Familie Ersparnisse für die Zeit der Arbeitslosigkeit zu machen. Wenn eine Arbeitslosenversicherung geschaffen werden soll, dann müssen die Mittel hierzu die Arbeiter selber aufbringen; Staat, Gewerbe und Industrie dürfen damit nicht belastet werden.“

Die Rede vor den Handwerksmeistern besagt also das gerade Gegenteil als die vor den Arbeitern gehaltenen. Sicher ist aber das eine, die Regensburger Versicherungen stimmen mit dem Verhalten des Zentrums in der Arbeitslosenfrage genauer überein. Die Genossenschaftler sind also Arbeiter, die Zentrumsmitglieder nur nach deren Worten und nicht nach ihren Taten beurteilen.



Wer einen Einfluß auf die Gestaltung seiner Arbeitsbedingungen ausüben will, muß Mitglied des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes sein. :: :: :: :: ::



Verbandsnachrichten.

Verlautmachungen des Vorstandes.

Der Zahlstelle Bensheim wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines Lokaltarifs von 10 Pf. ab 1. Januar 1911 erteilt.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 3. Wochenbeitrag für das Jahr 1911 fällig geworden.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt: 21341 Nikolaus Jakubowski, Tischler, geb. 23. 2. 72 zu Rasloz.

160000 Artur Raquel, Polierer, geb. 14. 5. 87 zu Weithain. 349752 Christian Simons, Tischler, geb. 12. 10. 81 zu Cöln. 465453 Heinrich Vogel, Verhilberer, geb. 1. 9. 61 zu Cöln. 472313 Artur Eisenhmidt, Tischler, geb. 4. 4. 91 zu Leipzig-Sellerhausen.

455171 Heinrich Bruns, Tischler, geb. 18. 3. 02 zu Lehe. Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Barnau. Unsere Kollegen scheinen hier noch nicht begriffen zu haben, daß mit dem Beitragszahlen allein die Verbandspflichten noch lange nicht erfüllt sind. So läßt z. B. der Versammlungsbefuch zu wünschen übrig. Wie notwendig aber gerade bei uns der Zusammenhalt ist, hat uns erst kürzlich der Unternehmer Fichterer bewiesen. Der Herr zog einigen Arbeitern kurzerhand 20 Proz. vom Lohn ab. Erst auf das Eingreifen der Verwaltung blieben die Löhne beim alten.

Dresden (Modellschler). In der Modellbauanstalt Richard Worm lassen die Lohn- und Arbeitsbedingungen mehr als alles zu wünschen übrig. Herr Worm weigert sich, bei Einstellung den Stundenlohn zu vereinbaren, mit der Motivierung, er bezahle nach Leistungen. Der Begriff der Leistung geht bei Herrn Worm aber sehr

weit und steht in keinem Verhältnis zu den Löhnen. Ist doch der durchschnittliche Stundenlohn gegenwärtig 62 Pf. Und die Bezahlung dürfte wohl einzig in Dresden und Umgebung zu finden sein. Trotzdem dieser Betrag im ganzen gut angelegt ist, fehlen die Abgabeleistungen vollständig. Infolgedessen sind die Gerüche und die Staubplage für die Arbeiter höchst lästig. Schon eine Schleimmaschinerie allein verursacht ungeheuren Staub. Es wäre die höchste Zeit, daß solche Mängel beseitigt würden. Herr Worm sucht gern Modeltschler in bürgerlichen Zeitungen, hauptsächlich auswärts. Die Kollegen mögen solchen Annoncen mit Vorlicht begegnen.

Graubenz. Vom Rechtsanwalt Sychowski in Graubenz geht uns folgendes Schreiben zu: Namens der Firma Polakowski zu Graubenz habe ich Ihnen auf Grund erteilter Vollmacht folgendes mitzuteilen. In Nr. 53 der „Holzarbeiter-Zeitung“ vom 31. Dezember 1910 findet sich auf Seite 41 ein Artikel aus Graubenz, der in Beziehung auf die Firma Polakowski nicht einseitlich wahre Tatsachen behauptet, welche dieselben verächtlich zu machen und in der öffentlichen Meinung herabzumwürfen geeignet sind. Es ist unabweisbar, daß bei der genannten Firma seit längerer Zeit miserable Zustände herrschen. Es ist unabweisbar, daß der Werkmeister Herr die Arbeiter, die dem Verbandsangehörigen, auf alle Art und Weise schikanieren. Es ist unabweisbar, daß der Arbeitsverdienst nicht einmal zum Gattenen ausreicht. Mäßig dagegen ist, daß die Arbeiter bei der Firma Polakowski wöchentlich 25 bis 30 Mk., in Akord sogar bis 50 Mk. verdienen. Wahr ist auch, daß die Verhältnisse in gesundheitlicher Beziehung eine der besten von Graubenz ist. Die Arbeiter arbeiten in hellen, trockenen Räumen, haben ihre Schränke usw. Auf Grund des § 11 des Preußengesetzes vom 7. Mai 1874 ersuche ich Sie, diese Verächtlichmachung in der nach Empfang dieses Schreibens nächstfolgenden Nummer, und zwar in demselben Teil der Druckerei und mit derselben Schrift, wie der Abdruck des zu berücksichtigenden Artikels kostenfrei aufzunehmen.

Dieser Verächtlichmachung gegenüber hält unser Gewährsmann seine Angaben vollinhaltlich aufrecht. Daß die Arbeiter bei Polakowski im Akord 25 bis 30 Mk. oder gar 50 Mk. pro Woche verdienen, ist unabweisbar. Dagegen können Arbeiter namhaft gemacht werden, die 11, 12 und 9 Mk. verdienen haben; daneben auch solche, die, nachdem sie eine Woche gearbeitet hatten, am Samstag ohne Geld nach Hause gehen mußten. Was das Verhalten des Werkmeisters Herr anbelangt, so genügt zu dessen Charakterisierung wohl die Tatsache, daß er, während die Firma auswärts Löhner sucht, an die aufs Hilarisch geführten Verbandsmitglieder mit dem Ansuchen herangeht, sich aus dem Verband auszutreten, dann könnten sie wieder beschäftigt werden.

Sachsen-Greifthal. Unsere Zahlstelle blickt jetzt auf ein erst halbjähriges Bestehen zurück und vermag doch schon über einen recht befriedigenden Aufschwung zu berichten. Bis zu der am 6. Juni 1910 vorgenommenen Gründung waren 6 Mitglieder am Orte, dann stieg deren Zahl gleich auf 17 und jetzt zählen wir deren 33. Unorganisierte sind nur noch wenige vorhanden. Wir hoffen, auch diese in Kürze zu gewinnen. Auskunft erteilt hier: Emil Gerold, Gartenstraße 8. Reiseunterstützung wird jedoch hier nicht ausbezahlt.

Kraßow i. Meckl. In der Möbelfabrik von Bremer u. Sohn herrschen noch recht rückständige Verhältnisse. Das Werkzeug befindet sich in schlechtem Zustande. Das zur Verarbeitung kommende Holz ist nicht einmal richtig ausgetrocknet. Die Abortverhältnisse entsprechen nicht den heftigsten Anforderungen. Die Fabrikordnung kennt wohl Strafen bis zu einem halben Tagelohn, dagegen gibt es für den Arbeiter keinerlei Entschädigung, wenn er auf Material warten muß. Bei den Lohnarbeitern sind Abzüge nicht selten. Diese Zustände brauchen nicht so zu sein, wenn sich die Arbeiter nur an der Organisation beteiligen wollten. Aber die meisten der Beschäftigten sind untereinander verwandt und wurseln ruhig so weiter. Der frühere Meister, der sich im Dienste der Firma Brandwunden im Gesicht zugezogen hatte, wurde entlassen, als er dem Wuchsbauer widersprach. Erst kürzlich mußte ein verheirateter Drechsler aufhören, weil er sich bei der Firma über Mängel beschwerte. Dabei war der Mann erst vor drei Monaten unter Versicherung dauernder Beschäftigung heraufgeholt worden, nach hier zu übersiedeln. Es ist also zweckmäßig, Arbeitsangebote dieser Firma mit Vorsicht aufzunehmen und wird deshalb gebeten, sich vor Arbeitsaufnahme bei der Zahlstelle Wülfrow zu erkundigen.

Meerane (Vergolder). In einer am 10. Januar abgehaltenen Sektionsversammlung wurde, da unser langjähriger Sektionsleiter Meerane verläßt, Kollege Wülfrow, Brüderstraße 1, als solcher gewählt, und sind Anfragen usw. nur an diesen zu richten. Der Geschäftsgang ist recht ein schlechter, und wird seit 8 Wochen bloß von 8 bis 4 Uhr gearbeitet, auch ist wenig Aussicht auf Besserung vorhanden, obwohl ein Teil der Kollegen schon abgereist ist. Verschiedentlich wird auch über schlechtes Material geklagt. Es liegt im Interesse eines jeden arbeitstuchenden Kollegen, sich nur an den Sektionsleiter zu wenden, wenn er vor Schaden bewahrt sein will.

Mühlberg. Die Firma G. Thiere sucht in der „Deutschen Holzmacherzeitung“ schon seit einiger Zeit einen tüchtigen Gesellarbeiter, welcher selbstständig arbeiten kann. Wochenlohn 24 Mk. Wenn sich einer meldet, wird Herr Thiere wohl nun nicht danach fragen, ob er organisiert ist. Die Hauptsache ist jetzt, daß keine getreuten Tischen ausgemittelt werden und er dann den bestehenden Lohn noch herunterschieben kann. Nach allem, was die Vergangenen gelernt hat, muß man das annehmen. Der Herr kann die Organisierten nicht leiden, er hat erst richtig aufgemerkt, als er in seiner Fabrik nur noch „Getreue“ hatte. Also Kollegen, lasse sich keiner verleiten, bei Herrn Thiere den Hausmeister zu machen. Wenn er Gesellarbeit einführen will, so mag er es mit seinen tüchtigen Elementen selbst versuchen, denn vorläufig ist an Organisation in dieser Fabrik nicht zu denken.

Mothenburg a. Tauber. Unsere Generalversammlung am 8. Januar war leider nicht so zahlreich besucht, wie wir erwartet hatten. Kollege Mörsberger aus Würth hielt einen interessanten Vortrag. Sodann wurden wichtige Verhältnisse besprochen, wobei einige Kollegen besonders über die

niedrigen Löhne klagten. Die Löhne der Hilfs- und Maschinenarbeiter betragen immer noch 18-22 Pf. die Stunde. Die gelehrten Arbeiter, die sämtlich im Ausland beschäftigt werden, sind nicht in der Lage, einen nennenswerten Einfluss auf die Löhne auszuüben, infolgedessen diese noch sehr niedrig und verschieden sind. Am schlimmsten dürfte es in dieser Beziehung wohl bei den Holzmachern sein, die unter dem Einfluß der Heimarbeit leiden. Deshalb sollten auch fast jeder, der sich beschwert, die Antwort: „Wenn es nicht geht, der Lohn gehen.“ Wie müßten aber hoch den Kollegen zuzuhilfen, sich deshalb nicht einmütigen zu lassen, sondern treu zu ihrer Organisation zu halten. Die Kollegen sollten die Verhandlungen besser bestritten und sich gegenseitig mit Rat und Tat an die Hand zu geben, damit es in Zukunft besser, statt noch immer schlechter wird. Denn daß nur durch die Organisation Erfolge erzielt werden können, sollte nun endlich auch dem rückständigen Arbeiter bekannt sein. Leider gibt es aber immer noch Leute, die glauben, durch Zutritt ihrer Sache zu nähern, was aber doch gar nicht der Fall ist. Gelegentlich sprechen sich selbst Angehörte der Unternehmer recht abfällig über solche Schwärmer aus. Man liebt eben nur den Verrat, nicht aber auch den Verräter.

Wettbewerb. Während unser Ort und seine Umgebung viel Ansehendes für die Ausländer der umliegenden Großstädte bietet, sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den hiesigen Schreinerereien und Tischlerbetrieben recht wenig reizvoll. Im allgemeinen ist hier noch die zehnstündige Arbeitszeit üblich. Eine der größten Firmen, nämlich J. Ehrenberg, läßt sogar noch 61 Stunden wöchentlich arbeiten. In diesem Betriebe ist das Organisationsverhältnis das denkbar schlechteste; von den 15 Beschäftigten gehören nur wenige dem Verbands an. Alle Mühe, diese Kollegen zu gewinnen, scheitern an dem Charakter. Diese Kollegen meiden alles, um nur ja nicht mit den Verbänden in Verbindung zu kommen. Auf den anderen Verhältnissen ist das Organisationsverhältnis besser geworden, so besonders bei der Firma Weg, jedoch müssen die hiesigen Kollegen noch darauf bedacht sein, auch die Hilfs- und Maschinenarbeiter zu organisieren. Im vergangenen Jahre ist es uns gelungen, die Mitgliederzahl mehr denn zu verdoppeln. Noch leben uns aber eine große Anzahl Kollegen fern, besonders die Möbelmacher bei den Firmen Hasen-Tampin, Reisinger und Reißhoff in Wülfrath. Diese zu gewinnen, muß unsere Aufgabe sein. Vor allen Dingen ist es aber notwendig, die Mitgliederzahl besser zu gestalten. Besonders die Kollegen der Firma Ortmann lassen sich dort nicht sehen. Am Sonntag, den 20. Januar, findet unsere Generalversammlung statt. Außer sonstigen wichtigen Angelegenheiten wird der Kollege Schnell-Wülfrath im Referat fallen. Hoffentlich genügt dieser Hinweis, damit alles zur Stelle ist.

Bregenz (Oesterreich). Einmal recht unkollegialen Verhalten hat sich ein amöblich dem deutschen Verbands angehöriger Schreiner Emil Kollmann schuldig gemacht, der sich nach München abgereist ist. Bei der Lösung des Arbeitsverhältnisses gab er seinem hiesigen Meister als Grund an, daß man hier zu viel Extrarbeitsstunden im Verlangen und sonstige Anforderungen an ihn stelle. Dabei betrug der Extrarbeitslohn ausschließlich des Dornbirner Streiks ganze 20 Heller pro Woche. Dieses schaffe Vernehmen des Kollegen hat dann zur Folge gehabt, daß dem Vertrauensmann der Werkstelle das Weiterarbeiten durch den Meister unmöglich gemacht wurde. Und das, weil ein Kollege sich von den Beiträgen drücken wollte!

Unsere Lohnbewegung.

Die Tarifbewegung in der Holzindustrie. Ueber den Stand der Verhandlungen wegen Erneuerung der Verträge in den Städten, in welchen der Arbeiter-Verbandsverband für das deutsche Holzgewerbe als Vertragspartner in Betracht kommt, liegen neue Nachrichten nicht vor. Dagegen lassen Nachrichten aus Hamburg erkennen, daß die dortigen Unternehmer, die eine eigene Organisation besitzen, welche von der Berliner Leistung unabhängig ist, kräftig zum Kampfe rufen. In ihrem Bericht im „Hamburger Echo“ vom 11. Januar entnehmen wir, daß eine von über 300 Holzgewerbetreibenden stunde Versammlung der Tischlerinnungen von Hamburg, Altona und Wandsbek nach einem Referat des Herrn Volkman folgende Resolution angenommen hat:

„Die heute im Gebäude der Patriottischen Gesellschaft versammelten Mitglieder aller am Verträge beteiligten Arbeitgeberorganisationen der Holzindustrie nehmen Kenntnis von der Kündigung des Vertrages seitens des Holzarbeiterverbandes, sie erklären unter gewissen Voraussetzungen ein neues Vertragsverhältnis einzugehen. Sollte dieses jedoch nicht zustande kommen, auch ohne Vertrag arbeiten zu wollen. Sofern im letzteren Falle der Versuch gemacht werden sollte, Arbeitgeber durch Sperren der Betriebsstätten oder sonstige Maßnahmen zur Lohnerhöhung oder Arbeitszeitverlängerung zu nötigen, so haben sämtliche Arbeitgeber der Holzindustrie durch Schließung ihrer Betriebe für die Angehörigen einzutreten und bis zur Schaffung von Garantien gegen weitere Sperren geschlossen zu halten. Im übrigen erkläre die Versammlung in der Aufrechterhaltung und Wahrung des paritätischen Arbeitsnachweises während einer vertragslosen Zeit keine Vorteile für das Gewerbe; sie verpflichten sich daher, nach Ablauf des Vertrages und bis zur Schaffung eines neuen Vertragsverhältnisses den paritätischen Arbeitsnachweis nicht zu benutzen.“

Diese Kundgebung läßt darauf schließen, daß die Hamburger Unternehmer ihr Hauptaugenmerk auf die Beseitigung des paritätischen Arbeitsnachweises richten wollen. Bekanntlich ist es noch gar nicht lange her, daß unsere Kollegen die widerstrebenden Unternehmer in dem energisch geführten Kampfe gezwungen haben, sich zur Errichtung des paritätischen Arbeitsnachweises zu geben, der dann am 1. Oktober 1919 mit einer Rede des Verbandsmeisters Augustenfeldt eröffnet wurde. Sollten die Unternehmer versuchen wollen, diese Errungenschaft

wieder zu beseitigen, dann werden sie sich auf einen energischen Kampf gefaßt machen müssen. Dessen sind sie sich auch ausnehmend bewußt, denn in der gleichen Versammlung wurde die Schaffung eines Streikabwechrfonds beschlossen. In den nächsten vier Wochen soll durch Umlage wöchentlich von allen Holzgewerbetreibenden von Hamburg und Umgebung pro Arbeiter 1 Mark erhoben werden. Die Verwaltung dieses Fonds ist in die Hände des Vorsitzenden des Arbeitgeber-Verbands der Holzindustrie und der Obermeister der drei Innungen Hamburg, Altona und Wandsbek gelegt.

Es ist im Augenblick natürlich nicht möglich, voranzutreten, wie sich die Dinge entwickeln werden. Aber die Tatsache, daß die Unternehmer energisch zum Kampfe rufen, muß für unsere Kollegen als eine Mahnung wirken, auf der Hut zu sein. Noch sind ja direkte Feindseligkeiten von keiner Seite eröffnet, aber der Abkammer der Verträge rückt heran und wir werden gut tun, uns so einzurichten, daß auch plötzliche Maßnahmen der Gegner uns nicht überraschend treffen.

In Bürgel i. Th. sind die Stodarbeiter in eine Lohnbewegung eingetreten, die darauf abzielt, eine Erhöhung der Allortlöhne herbeizuführen. Da die Unternehmer sich ablehnend verhalten, ist am 3. Januar die Kündigung eingereicht worden; die Kündigungsfrist läuft am 16. Januar ab. Die Stodfabrikanten haben sich offenbar von vornherein auf den Kampf eingerichtet, denn in der „Nachzeitung“ vom 15. Januar veröffentlichten sie die weit mehr als eine Seite dieses Maltes einnehmende Liste der Ausständigen, die etwa 300 Namen umfaßt. Zur Begründung der etwas voreiligen Bekanntgabe der schwarzen Liste wird die unwahre Behauptung aufgestellt, die Arbeiter seien schon am 3. Januar in den Streik getreten. Wir bitten den Bezug fernzuhalten.

In Eisenberg ist der Streik der Glanzschleifer ergebnislos abgebrochen worden. Die Fabrikanten haben zwar versprochen, später zuzulegen, doch muß erst abgewartet werden, inwieweit dies Wahrheit wird. Die Wiedereinstellung der Streikenden ist noch nicht vollständig erfolgt.

In Herford dauert der Streik bei Niebaum u. Gulenberg, Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen, nun schon die 13. Woche. Eine Verhandlung vor dem Gewerbegerichtsvorsitzenden verlief ergebnislos. Die Firma wollte wohl einigen wenigen Arbeitern eine Lohnerhöhung gewähren, die meisten aber sollten nicht mehr zur Einstellung kommen, weil schon ein Streikbrechertrupp engagiert sei. Auf dies Angebot konnten die Kollegen natürlich nicht eingehen. Nun hat inzwischen der Agent Harber aus Warmen 32 Arbeitswillige von Hameln nach hier gebracht. Wes Geisteskinder dies sind, muß man erst abgewartet werden.

Schnaps ist ein Gift, das Geist und Körper ruiniert
Schnaps kräftigt nicht, sondern führt zu vorzeitiger Erschlaffung
Schnapsgeuß schädigt den Arbeiter, füllt aber seinen ärgsten Feinden, den ostelbischen Schnapsjunkern, die Taschen
Arbeiter, meidet den Schnaps!

In Mühlhausen i. Olf. dauert der Streik noch fort. Die vergangene Woche brachte wieder etwas Abwechslung in unsere Bewegung. Die Wunden harren ihrer Beseitigung, die Arbeit macht sich aber nicht selbst und die hiesigen Holzarbeiter sind trotz fünfzehnwöchiger Dauer des Streiks noch nicht müde genug, um zu Kreuze zu liegen. Was bleibt also den armen Unternehmern anders übrig, als zu versuchen, von auswärts Arbeiterkräfte heranzuziehen. So wurde in dieser Woche ein Streikbrecheragent erwischt, der im Begreif war, eine Anzahl italienischer Schreiner einzubringen. Diebedulde Hände brachten aber den Agenten sehr bald zur Reue, denn die Mühlhäuser Schreiner in solchen Dingen keinen Spaß verstehen. Die Italiener aber, vollständig mittellos, wurden durch unsere Kollegen nach Basel gebracht und, um die Mühlhäuser der Arbeitswilligen mit einem der nächstenzüge zu verhindern und die eventuelle Ankunft weiterer Streikbrecher rechtzeitig zu verhindern, wurde auf dem Basler Bahnhof ein Streikposten eingerichtet. Unsere Kollegen unterziehen sich gern und willig allen an sie gestellten Anforderungen und werden keine Mühe scheuen, unserer Bewegung zum Siege zu verhelfen.

In Neu-Osenburg stehen die Kollegen der Möbelfabrik Wittich schon seit Ende Oktober im Abwehrstreik. Die Firma verfügt zwar gegenwärtig über 18 Streikbrecher, davon 10 Mann durch einen Agenten besorgt, doch kann dies die Ausständigen nicht einschüchtern. In Brüggewien haben die Arbeitswilligen eine besondere Fertigkeit und werden sie diese schöne Kunst ab und zu unter sich an.

In Kattau dauert der Kampf in der Waggonfabrik nun schon sieben Wochen. Ob bald Frieden eintrifft, hängt ganz von der Haltung der Fabrikdirektion ab. Die Streikenden halten nach wie vor tren und fest zusammen. Von den in den Streik Getretenen sind seither nur 8 Mann ihrer Sache mitren geworden. Obwohl die Fabrikleitung behauptet, die meisten Stellen besetzt zu haben, wissen wir ganz bestimmt, daß noch nicht ein Drittel der erforderlichen Arbeiterkräfte vorhanden ist. Wenn auch die Staatsgewalt sich in den Dienst des Kapitals gestellt hat, war es doch nicht möglich, die Streikenden einzuschüchtern. Die Aussichten auf Erfolg sind günstiger denn je. In den sieben Wochen wurde nicht ein Waggon fertig. Wohl aber haben 16 Arbeitswillige, die in der Fabrik wohnen und essen, die Kräfte bekommen und müßten ins Krankenhaus gebracht werden. Der Streik kennt die

Aufmerksamkeit immer weiterer Kreise auf sich. Der hiesige Landtagsabgeordnete Kolb fragte durch einen offenen Brief an, ob der Minister von Wismar Kenntnis habe von der paritätischen Haltung der Gewerkschaft und Polizei, die sich auf die Seite des Unternehmers stellen und das Streikpostenrecht fast vollständig machen. Der Minister ließ sich durch seinen Polizeiamtman Bericht erstatten; danach sollten natürlich die Streikenden die Schuldigen sein. Hierauf erfolgte eine Ermahnung gegen die Polizeiverwaltung, daß sie sich nicht von den Schmeicheleien und Falschdarstellungen verleiten lassen, von den Streikenden oder der Streikleitung sei niemand gefragt worden. Nun erst ist vom Ministerium angeordnet worden, daß die Sache genau untersucht werde und auch die Streikleitung zu hören sei. Seit dem offenen Brief ist auch bezüglich der Rechte der Streikposten eine Besserung eingetreten. In der vergangenen Woche hat die Fabrik 4 Arbeitswillige erhalten, 20 dagegen verloren. Wird der Bezug ferngehalten, so muß der endliche Sieg doch auf Seiten der Arbeiter sein.

In Stolpbaner der Streik unserer Kollegen, bei welchem der Hirsch-Dundersche Gewerbeverein als Bundesgenosse und Helfer der Unternehmer auftritt, noch fort. Kaum hat das neue Jahr begonnen und schon sind die Hirschelein wieder auf der Suche nach Streikbrechern. Am 3. Januar holte das Vorstandsmitglied Pöhlte des hiesigen Gewerbevereins in Begleitung einiger seiner Getreuen wieder einen Kollegen vom Bahnhof ab. Das Erkennungszeichen war eine blaue Schleife. Der so Empfangene wurde am nächsten Tag in den von uns bestreikten Betrieb der Firma Carl Becker gebracht. Abgesehen ist es den Hirschen trotz aller Anstrengungen nicht gelungen, noch zu Ende des vorigen Jahres mehr Streikbrecher nach hier zu bekommen. Wir gaben uns auch der Hoffnung hin, daß sie im Hinblick darauf, daß am 1. Januar der Tarif der Firma Becker u. Plau von beiden Organisationen gekündigt worden ist, die Streikbrecherfrage aufhören würde, aber wie das Beispiel zeigt, haben wir uns wieder einmal gründlich geirrt und werden nun noch mehr wie bisher aufpassen müssen, um uns vor dem Verrat der Hirsche zu schützen und unseren schweren Kampf siegreich zu Ende zu führen.

In Reih sind die Arbeiter der Kinderwagenbranche in eine Lohnbewegung eingetreten. In Betracht kommen 1800 Kollegen und Kolleginnen. Beteiligt sind die Organisationen der Holzarbeiter, Metallarbeiter, Schmiede, Sattler und Läderer. Die Forderungen sind in der Hauptsache: Herabsetzung der Arbeitszeit von 60 auf 58 Stunden; 15 Proz. Lohnerhöhung, neben Ausgleich; 5 Pfg. Zeitloohnerhöhung; Schaffung von Lohnkommissionen; Mindestlohn von 35-50 Pfg. für verschiedene Branchen, 20 bis 25 Pfg. für Arbeiterinnen. Zusätze für Heberstunden und wöchentliche Lohnzahlung. Diese Forderungen wurden am 11. Januar den beteiligten Firmen unterbreitet. Die Antwort derselben steht noch aus.

In Bittau haben die Kollegen in den Schuhverbandsbetrieben Lippmann, Rother u. Barth, sowie Hansche wegen wiederholtem Vertragsbruch dieser Herren die Kündigung eingereicht. Nicht nur alle Versuche der Kollegen, durch örtliche Verhandlungen die Differenzen zu beseitigen, blieben erfolglos, sondern sogar über die Entscheidungen der beiderseitigen Zentralvorstände haben sich diese sonderbaren Vertragskontrahenten strupplos hinweg. Wir bitten, uns durch Fernhaltung des Bezuges in unserem Kampf zu unterstützen.

Ausland.
In Otterup auf Jünn in Dänemark sind sämtliche Arbeiter der Stodfabrik J. Steffensen ausge-sperrt. Der Fabrikant glaubt auf diese Weise die Organisation der Arbeiter zu vernichten. Er hat jetzt die Absicht, Streikbrecher aus Deutschland oder Oesterreich heranzuziehen und will solche durch Inzerate oder auch persönlich anwerben. Es wird deshalb gebeten, etwaigen Arbeitergesuchen die nötige Aufmerksamkeit zu schenken und den Bezug von Stodarbeitern streng fernzuhalten.

Aus der Holzindustrie.

Noch einmal der „konstitutionelle“ Fabrikant Freese.
 Zur Ehrenrettung für ihren werten Gönner, den Jalousie- und Holzplasterfabrikanten Freese in Nieder-Seibenhäusen hat die Hirsch-Dundersche „Sich“ einen eigenartigen Schritt unternommen. Sie hat den Fabrikanten selbst um eine Darstellung des Sachverhaltes gebeten, und sie druckt die Antwort des Herrn Freese an der Spitze ihrer Nr. 2 ab. Dabei erhebt sie den Anspruch, daß man diese Verteidigung eines Angeklagten, dem sogar das Gesetz das Recht einräumt, nach Verbestrafen zu lügen, als den Ausdruck strengster Sachlichkeit und Objektivität anzuerkennen und bewundern soll. Wir können uns zu dieser Auffassung nicht aufschwingen, wenn auch der „Gewerbeverein“ den Freeseischen Brief schleunigst nachdruckt und dabei der Erwartung Ausdruck gibt, daß man ihn als ein Evangelium betrachte, an dem nichts zu rütteln ist. Da war die „Nachzeitung“ der Tischlermeister schon müder. Sie hat einen Brief des Herrn Freese mit im wesentlichen dem gleichen Inhalt zwar Aufnahme gewährt, aber gleich dabei bemerkt, daß sie dafür nur die preßgesetzliche Verantwortung übernimmt. Das heißt, das Organ der Holzindustriellen lehnt es ab, sich mit der Äußerung des Herrn Freese zu identifizieren, auf welche die Hirsch-Dunderschen Mäler unbesehen schwören. Für die „Sich“ und den „Gewerbeverein“ ist das recht schmeichelhaft!
 Was hat nun Herr Freese zu sagen? Wie hatten erklart, daß die Arbeitsnachweisfrage, die mit dem ganzen Streikfall bei Freese nichts zu tun hat, künstlich herein-gezogen sei. Das will Herr Freese nicht gelten lassen, und er gibt sich Mühe, von den Dingen eine seinen Zwecken entsprechende Darstellung zu geben. Es genügt schon,

darauf hinzuweisen, daß sich der Vorfall, der zur Maßregelung des Vertrauensmannes unseres Verbandes führte, am 21. Oktober abgespielt hat, während der neue Tarifentwurf nach der eigenen Angabe des Herrn Freese diesem schon am 7. August zugestellt wurde. Gälte dieser Entwurf schon am 7. August zugestellt wurde, dann hätten diese doch wohl schon etwas früher Äußerungen treffen müssen. In Wirklichkeit spielen sich die Verhandlungen wegen des Tarifvertrages zwischen der Berliner Zählstelle unseres Verbandes und Herrn Freese in durchaus ruhigen, man könnte fast sagen, freundschaftlichen Formen ab. Als Herr Freese der Vertragsentwurf überreicht wurde, erklärte er sich bereit, das Ergebnis der bevorstehenden Verhandlungen in seinen Tarifvertrag hineinzuarbeiten. Herr Freese ist nämlich nicht Mitglied des Vereins der Zalusiefabrikanten und hat mit seinen Arbeitern Sonderverträge abgeschlossen, die bis 31. Dezember 1910 bzw. 1. März 1911 laufen.

Am 12. Oktober wurden Herrn Freese tatsächlich zwei Exemplare des am 22. August abgeschlossenen Vertrages mit den Zalusiefabrikanten zugesandt mit der Mitteilung, daß der Vertrag auf dem Gewerbenegericht niedergelegt sei, wobei ausdrücklich auf das von ihm gegebene Versprechen Bezug genommen wurde, dem Vertrage eventuell beizutreten. Es ist auch richtig, daß der Vertreter des Verbandes bei der mit Herrn Freese gepflogenen Verhandlung wegen der Maßregelung, beifällig auch an die Vertragsfrage erinnerte. Aber daß diese Erinnerung der Zweck des Besuchs war oder daß an sie seitens des Verbandes irgendwelche Erweiterungen geknüpft wurden, vermag nicht einmal Herr Freese zu behaupten. Es ist jedoch eine saule Sache, die er verteidigt, und da meint er, ihm müßten alle Dinge zum besten dienen.

Da sich wirkliche Vertragsdifferenzen nicht konstruieren lassen, heißt sich Herr Freese auf die Bestimmung bezüglich der Benutzung des Arbeitsnachweises fest. Diese Bestimmung sind ihm erst sehr spät gekommen. Als ihm der Vertragsentwurf übermittelt wurde, hat er sich daran nicht gestoßen. Inzwischen ist ja auch in den mit dem Verein der Zalusiefabrikanten abgeschlossenen Verträge die Bestimmung aufgenommen, daß in erster Linie der Nachweis der Zalusiearbeiter im Deutschen Holzarbeiterverband zu benutzen ist. Diese Bestimmung, die von den Fabrikanten akzeptiert ist, kann also wohl nicht so etwas ganz Ungewöhnliches sein. Sie ist aber auch keineswegs etwas Neues. In dem zwischen den Zalusiefabrikanten einerseits und dem Deutschen Holzarbeiterverband und dem Tischler-Dunderschen Gewerkverein der Jahre 1905 abgeschlossenen Verträge besagt ein Paragraph: „Bei Neueinstellung von Arbeitern ist der Arbeitsnachweis der Organisationen zu berücksichtigen“. Damals waren es zwei Arbeiterorganisationen, die den Vertrag abschlossen, und da verpflichteten sich die Fabrikanten, die Arbeitsnachweise beider Organisationen zu benutzen. Jetzt ist es der Holzarbeiterverband allein, und da ist es selbstverständlich, daß im Vertrag nur sein Nachweis genannt wird. Das muß man sich vor Augen halten, um die Entrüstung richtig zu würdigen, welche die Kirche dem Herrn Freese nachempfanden! Für die Echtheit dieser Entrüstung ist es übrigens bezeichnend, daß jener Vertrag vom Jahre 1905, welcher die Verpflichtung der Fabrikanten zur Benutzung der Nachweise der Arbeiterorganisationen enthält, die Unterschrift des Herrn Heinrich Freese trägt, der damals noch Mitglied des Vereins der Zalusiefabrikanten war und diesen bei den Vertragsverhandlungen vertreten hat. Daß dieser „liberale“ und „konstitutionelle“ Fabrikant in der „Nachzeitung“ wider besseres Wissen vom „Arbeitsnachweis der sozialdemokratischen Parteiorganisation“ spricht, ist ein Demagogentum, welches seinem liberalen Herzen alle Ehre macht. — Also es bleibt schon dabei, daß der Vertrag und die Arbeitsnachweisfrage bei den Differenzen mit dem konstitutionellen Fabrikanten nicht das geringste zu tun haben und daß sie von ihm und seinen Tischler-Dunderschen Freunden nur künstlich hervorgezogen sind.

Den wahren Anlaß zu dem Streit haben wir bereits erschöpfend dargestellt. Sogar ihr Kronzeuge-Freese muß den Tischler sagen, daß sie die Unwahrheit behauptet haben, als sie erklärten, der Gemäßregelte sei einem anderen Arbeiter an die Gurgel gefahren. Aber auch Herr Freese ist im Unrecht, wenn er diese Schuld einem anderen Mitgliede des Holzarbeiterverbandes zuschreibt. Es ist schon so, wie wir gesagt haben, dem angeblich Terrorisierten ist überhaupt kein Quarz gekrümmt worden. Wenn der Fabrikant Freese nicht so sehr in patriarchalische Bezugsstellen betrogen wäre, hätte er über den im Grunde genommen recht harmlosen Wirtschaftsstreit seiner Arbeiter vornehm hinwegsehen müssen. Es handelte sich nämlich in Wirklichkeit bei dem Streit, der lediglich ein Wortstreit war, darum, daß der eine Arbeiter die Organisationszugehörigkeit des anderen in Zweifel zog. Als dieser sein Mitgliedsbuch zeigte, hat der erste die etwa gefallenem beleidigenden Bemerkungen ausdrücklich zurückgenommen. Wenn Herr Freese behauptet, der Betreffende hätte zum Beitritt zum Holzarbeiterverband genötigt werden sollen, so ist das eben nicht wahr.

Wir sind auch der Meinung, daß ein wirklich vornehm denkender Unternehmer es unterläßt, in den Versammlungen seiner Arbeiter herumpionieren zu lassen. Ein Mann insbesondere, der von der Güte seines Fabriksystems so überzeugt ist, wie Herr Freese, der sogar ein Buch über die konstitutionelle Fabrik schreibt, dürfte seinen Ärger über eine Kritik seines Systems nicht in der Weise merken lassen, wie es in diesem Falle geschehen ist. Ihm hätte es

viel besser angestanden, die von den Arbeitern gemachten Einwendungen ruhig zu prüfen und, je nachdem, sie zu beachten oder an passender Stelle zu widerlegen. Dann hätte man sagen müssen, das ist ein Fabrikant, der wirklich konstitutionell denkt. Aber Herr Freese hat sich bisher in sich selbst getäuscht. Er denkt ja, wie sein Verhalten in der vorliegenden Streitfrage beweist, gar nicht konstitutionell. Er will durchaus allein bestimmen. Er verlangt, daß seine Arbeiter für die ihnen gewährten Wohlthaten dankbar sind und zu allem, was er tut, Ja und Amen sagen. Sein Konstitutionalismus ist nur eine schwache Lüge, unter der überall das alte überlebte patriarchalische System hindurchschimmert, dessen typischer Vertreter König Stumm seligen Andenkens war.

Wollen sich die Kirche für diesen Konstitutionalismus Freesecher Couleur begeistern, dann wollen wir ihnen dieses Vergnügen gern gönnen. Für sie handelt es sich ja auch nicht um die Sache, sondern um die Person des Herrn Freese. Der Fabrikant Freese hat die Kirche zu seinen Lieblingen erklärt, also müssen diese ihn aus Dankbarkeit in den Himmel erheben und alles gut finden, was er denkt und tut. Wir sind bemüht, den Dingen auf den Grund zu gehen und beurteilen die Taten. Davaus erklärt sich die unüberbrückbare Differenz in der Auffassung des vorliegenden Streitfalles, die sich zwischen uns und den Kirchlichen ergibt.

Tschechische Holzarbeiterkonferenz.

Am 25. und 26. Dezember v. J. hielten die Vertreter der Mitglieder der tschechischen Ortsgruppen des Verbandes der Holzarbeiter Oesterreichs eine Konferenz ab. Dieselbe hätte schon im Sommer abgehalten werden sollen, und zwar auf Verlangen des Kollegen Vaneč, des Obmannes vom Verband der tschechischen Holzarbeiter (separatistische Organisation). Er schloß im Frühjahr an alle tschechischen Ortsgruppen Zirkulare, worin er die Kollegen aufforderte, innerhalb zwei Monaten eine Konferenz zu verlangen, auf welcher zu der brennenden Frage: „Die Reform der Verbandsorganisation im Sinne der nationalen Selbstverwaltung“, Stellung genommen werden sollte. Er fand damals aber nicht die notwendige Stimmung unter seinen tschechischen Kollegen, und so wurde die Konferenz erst jetzt abgehalten. Vaneč war aber nicht dabei, da er seit jener Zeit bereits aus dem Zentralverbande ausgestiegen und Obmann des separatistischen Verbandes geworden ist.

Es war das bereits die zehnte Konferenz, welche die tschechischen Mitglieder des Verbandes abhielten; dieselbe findet gewöhnlich alle zwei Jahre statt. Sie ist also noch eine Einrichtung der selbständigen Organisation der Holzarbeiter für Böhmen, da der damals bestandene Verein sich erst mit dem 1. Januar 1905 dem Verbandsverbande anschloß. Auf diesen Konferenzen wurden gewöhnlich jene Dinge verhandelt, welche nach „Oesterreichischem Recht“, nicht zur Vereinstätigkeit gehörten. Also hauptsächlich Lohnbewegungen und die Aufbringung der Mittel hinzu. Dieser Konferenz kam außerdem eine besondere Bedeutung zu: Sollte doch auf ihr entschieden werden, ob bei den Holzarbeitern die einseitliche Organisation weiter bestehen, oder ob die tschechischen Mitglieder dem separatistischen Verbande angehören sollten. Ein großes Interesse für diese Konferenz war nicht nur bei den Holzarbeitern, sondern auch bei anderen Branchen vorhanden, da die Holzarbeiter eine der wenigen Organisationen sind, welche noch nicht ganz nach Nationen gespalten ist.

Ueber diese Frage wurde daher sehr lebhaft debattiert und wurden zum Schluß nachfolgende Anträge, welche vorerst in einer Kommission durchberaten worden waren, der Konferenz vorgelegt und auch angenommen:

„Die Verwaltung des Verbandes der Holzarbeiter Oesterreichs führen: a) der Verbandstag, b) der Verbandsvorstand, c) die Kontrollkommission, d) der Ausschuh der tschechischen Ortsgruppen, e) die Ortsgruppenausschüsse, f) Vertrauenspersonen, g) die Verbandsangehörten.“

Die Kontrollkommission besteht aus fünf Mitgliedern und fünf Ersatzmännern, die auf dem ordentlichen Verbandstag gewählt werden. In der Kontrollkommission hat der Ausschuh der tschechischen Ortsgruppen seinen Vertreter.

Der Ausschuh der tschechischen Ortsgruppen besteht aus zehn Mitgliedern und fünf Ersatzmännern. Die Wahl wird immer nach dem ordentlichen Verbandstag auf der Konferenz der tschechischen Ortsgruppen vorgenommen. Die Gültigkeit der Gewählten währt bis zur nächsten Konferenz. Der Sekretär und der Redakteur genießen dieselben Rechte wie die gewählten Mitglieder.

Der Ausschuh besorgt die Agitation und die Organisationsarbeit in seinem Tätigkeitsgebiet. Er besorgt die Versammlungen, Vorträge und Konferenzen, hat das Recht, einen Delegierten zum Verbandstag zu entsenden und beruft Konferenzen und Beratungen ein, in welchen über die Erfüllung der organisatorischen Aufgaben beraten wird.

Dieser Ausschuh führt die Aufsicht über das zugehörige Fachblatt, den „Drevelnits“, bezüglich der administrativen und redaktionellen Seite. Das Eigentum des Blattes bleibt am Sitze des Ausschusses deponiert und ist Eigentum des Verbandes.

Im Einvernehmen mit dem Verbandsvorstand stellt er nach Notwendigkeit neue Beamte an.

Er entscheidet nach Einvernehmen mit dem Verbandsvorstand über Lohnbewegungen und Streiks im Gebiet seiner Tätigkeit.

Der Ausschuh nimmt sämtliche Rechte und Pflichten des Herausgeberkomitees des „Drevelnits“ und der mittelböhmischen Gauleitung auf sich. Im Falle der Notwendigkeit wird die Vertretung des Wiener engeren Ausschusses zur Beratung beigezogen.

Die Tätigkeit des Ausschusses der tschechischen Ortsgruppen erstreckt sich auf alle Orte, wo es tschechische Mitglieder gibt.

Der Verband führt die pflichtgemäßen Beiträge an die tschechoslawische Gewerkschaftskommission in der bisherigen Form ab.

In gemischtsprachigen Orten kann mit Zustimmung des Ausschusses eine einsprachige Ortsgruppe errichtet werden.

Die tschechischen Ortsgruppen senden gleichzeitig mit der Abrechnung an den Verband einen Ausweis an den Ausschuh der tschechischen Ortsgruppen.“

Dieser Beschluß soll nun als Antrag an den nächsten Verbandstag geleitet werden. In demselben ist nur neu resp. abgeändert der Punkt d im ersten Absatz: der Ausschuh der tschechischen Ortsgruppen. In einem zum letzten Verbandstage gestellten Antrage hieß es: Nationalausschüsse. Der ganze Antrag wurde jedoch am letzten Verbandstage bedingungslos zurückgezogen. Eine prinzipielle oder durchgreifende Reform der Organisation bedeutet dieser Antrag nicht, da beinahe alles, was verlangt wird, heute schon besteht. Ein Ausschuh der Prager Ortsgruppen besteht auch heute schon in dem sogenannten „Herausgeberkomitee“, welches die Redaktion und Administration des tschechischen Fachblattes überwacht und kontrolliert und sich mit der Agitation befaßt. Hier besteht neben diesem Komitee auch noch der Gauvorstand, welcher in Zukunft auch durch den zu wählenden Ausschuh ersetzt werden soll.

Ferner wurde ein Antrag angenommen, der den Ortsgruppen die Führung einer Lehrlingsstatistik zur Pflicht macht, und ein Antrag, daß nach der Beendigung eines Streiks der Ort, wo gestreikt wurde, nicht länger als vier Wochen geipert bleiben soll.

Mit großer Majorität wurde beschlossen, daß die Konferenz die Gründung des tschechischen Holzarbeiterverbandes bedauere und diesen Verband nicht anerkenne. Falls die Prager Gewerkschaftskommission diesen Verband anerkennen sollte, hat der Zentralverband die Kommissionsbeiträge einzustellen.

Ein Antrag auf Nichtzahlung des 53. Wochenbeitrages wurde abgelehnt, da die Konferenz auf dem Standpunkt steht, daß der Beitrag wöchentlich geleistet werden muß, mithin auch dann, wenn in einem Jahre 53 Paßlage zu verzeichnen sind.

Nach dem Ergebnis der Konferenz zu schließen, wäre der Bestand der Einheitslichkeit des Verbandes gefährdet. Die Zukunft wird uns zeigen, ob diese Annahme berechtigt ist, oder ob jene Kollegen Recht haben, welche der Meinung Ausdruck gaben, daß hier nicht christlich und offen gearbeitet worden sei, da gerade jene Kollegen, welche als die größten Separatisten sich geberdeten, auf dieser Konferenz die besten Zentralkisten spielten. Sollte auch für sie noch nicht die Zeit gekommen sein, um Loschlagen zu können, weil sie sich noch zu schwach fühlen?

Tischlermeister und Möbelhändler. In der letzten Versammlung der Berliner Tischlerinnung berichtete der Obermeister Rohardt über die Schritte, welche bisher in bezug auf die Lieferungsbedingungen des Händlervereins geschehen sind. Die „Nachzeitung“ teilt aus diesem Referat mit, daß auch in den Kreisen der Händler selber der Unwille und die Abneigung gegen das Vorgehen einer rücksichtslos draufgehenden Clique im Wachsen begriffen ist. Mit besonderer Genugtuung registriert das Organ des Schutzverbandes eine Erklärung, die namens des Gesellenausschusses von unserm Kollegen, dem Altgesellen Minner abgeben wurde. Dieser führte aus, daß die Sympathien der Gesellenchaft in dieser Sache durchaus auf Seiten der Tischlermeister seien, und daß erstere die letzteren in einem etwaigen Kampfe unterstützen würden. Diese Erklärung deckt sich mit der Auffassung, welcher wir in der vorigen Nummer Ausdruck gegeben haben.

Gewerkschaftliches.

Emma Threr. Am 8. Januar ist nach langem Leiden im Alter von 54 Jahren die Vorsitzende des Verbandes der Blumen-, Feder- und Blätterarbeiter, die Genossin Emma Threr in Niederschönhausen bei Berlin gestorben. Emma Threr hat in der deutschen Arbeiterbewegung eine bedeutende Rolle gespielt und sich insbesondere um die Organisation der Arbeiterinnen große Verdienste erworben. Sie gehörte zu den Gründern des im Jahre 1885 ins Leben getretenen „Vereins zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen“ in Berlin, der sich allerdings keines langen Lebens zu erfreuen hatte. Nach einem Jahre schon fiel er der polizeilichen Verfolgung zum Opfer. Bei der Schaffung der Generalkommission der Gewerkschaften im Jahre 1890 wurde Emma Threr als Mitglied dieser Körperschaft gewählt, welcher sie bis zum Halberstädter Gewerkschaftskongreß im Jahre 1902 angehörte. Emma Threr hat lange Jahre hindurch eine lebhafte Versammlungsagitation in allen Teilen des Reiches entfaltet und dadurch den Gewerkschaften eine große Zahl von Mitgliedern zugeführt. Im Jahre 1890 hat sie die „Arbeiterin“ ins Leben gerufen, ein Blatt für die Interessen der Arbeiterinnen, aus welchem sich später die von der Genossin Zellin redigierte „Gleichheit“ entwickelt hat. Die hervorragenden Dienste, welche die Verstorbene der deutschen Arbeiterchaft geleistet hat, sichern ihr ein gutes Andenken.

Zwei Millionen Mitglieder. Die Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften hat im Jahre 1910 die zweite Million überschritten. Das Korrespondenzblatt der Generalkommission“ schätzt den Zuwachs, den das vergangene Jahr gebracht hat, auf mehr als 200 000 Mitglieder. Auf Grund vorliegender Abrechnungen und statistischer Angaben für das dritte bzw. zweite Quartal, die sich auf 47 Gewerkschaften mit 1 937 455 Mitglieder beziehen, haben diese gegenüber dem entsprechenden Quartal des Vorjahres ihre Mitgliederzahl um 11,08 Proz. gesteigert. Diesen Maßstab auf alle Gewerkschaften und das ganze Jahr 1910 angewendet, würde eine Mitgliederzahl von 21 Millionen am Jahresluß ergeben. Die Tatsache, daß die zweite Million Mitglieder überschritten ist, gibt dem „Korrespondenzblatt“ Anlaß zu nachstehender Betrachtung:

„Zwei Millionen Mitglieder!“ Mit diesem Ergebnis ist ein neuer denkwürdiger Abschnitt der deutschen Gewerkschaftsbewegung erreicht. Die erste Million brachte uns das Jahr 1914 nach mehr als zehnjähriger Organisationsarbeit. Schon drei Jahre später waren wir hart an die Grenze der zweiten Million heranzukommen und nur die Wirklichkeitsprobe hinterließ den weiteren Vormarsch. Nach zweijährigen Stützungen und Schwankungen ging es wieder vorwärts und in eine neue Periode des Aufstiegs hincin.

Wir haben heute auch an der Wende eines Zeitalters. Was haben unsere Gewerkschaften in diesem Zeitraum erreicht? Von 1900 bis 1916 hat sich unsere Mitgliederzahl verdreifacht, unsere Einnahmen und Ausgaben verdoppelt, unsere Forderungen nahezu verdreifacht. Für Verbesserungen sowie Streitunterstützung wurden 1899 insgesamt 109 Millionen Mark, 1900 2210 Millionen Mark angewandt. Speziell für Arbeitslosenfürsorge betragen die Ausgaben damals 618 000 Mark, 10 Jahre später 972 Millionen Mark mit im ganzen Jahreslohn etwa 4027 Millionen Mark. Als vor 8 1/2 Jahren der Stuttgarter Gewerkschaftskongress die Forderung nach Gleichstellung für die gewerkschaftlichen Arbeitslosenstellen erhoben, wurde diese Stellungnahme teils verlor, teils als Mangel zurückgewiesen. Heute sind fast die anerkanntesten Institute auf diesem Gebiete da, die als Träger der Arbeitslosenversicherung einzeln und alle die Gewerkschaften erfolgreich berufen sind. Vor einem Jahrzehnt waren Fürsorgeverträge kaum nach Hunderten zu zählen. 1900 bestanden 678 Fürsorgeverträge für 1,1 Millionen Arbeiter, die heute der einzelnen Unternehmervollmacht entzogen und paritätischem Recht unterstellt sind. Das sind Fortschritte, die Zeugnis geben von Wachstumsgeist und Lebenskraft der Gewerkschaften, Gruppenverbänden, auf die jeder stolz sein kann, der dazu beigetragen hat, und die alle diejenigen befehlen müssen, die tiefer den Gewerkschaften fernstehen.

Die Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften, wie sie das Schicksal anarchisierender Einzelkämpfer nennt, freut sich erzielte Fortschritte. Was so glänzend dürfte es aber damit nicht bestellt sein. In der „Einigkeit“ wird erzählt, daß man in der Freien Vereinigung nicht immer so ziellos war, als das jetzt der Fall ist; aber nun gingen es vorwärts, nachdem sie von allen Seiten und sonstigen the noch anhaltenden, ihren Vornarrsch bemerkenden Treas-handen befreit ist. Den angeblichen Vornarrsch zahlenmäßig zu belegen, vermeidet man aber vorsichtig, die geachteten Ergebnisse werden nur „soweit es angeht“ offenbart. Danach wären der Freien Vereinigung bis Jahres-schluss 1910 109 Perufsorganisations und 25 Freie Ver-einigungen aller Berufe angehört. Die Organisationen seien über 88 Freie Deutschlands verbreitet. Die Mit-gliederzahlen anzugeben, ist offenbar „nicht angeht“, denn dann würde sich herausstellen, daß es doch nur ein recht kleines Häuflein Schreier ist, welches den von den Anarchisten verursachten Lärm hervorruft. Der Reue der angeschlossenen Organisationen entnehmen wir, daß von den Berufen der Holzindustrie in der Freien Vereinigung vertreten sind: Kürschner- und Tischlermacher in Berlin, Dresden, Neureppin und Breslau; Möbel-pollerer in Berlin und Umgegend; Tischler resp. Holzarbeiter in Berlin, Düsseldorf, München und Nürnberg. Es handelt sich hierbei überall um kleine Grup-pen, die zwar eine praktische Tätigkeit für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen nicht leisten, denen dafür aber die vom Deutschen Holzarbeiterverband erzielten Erfolge nie weit genug gehen können. Man weiß aber ihr Schreien und Schimpfen richtig einzuschätzen und geht lieber sie zur Tagesordnung über.

Christliche Arbeitersekretäre als Schrittmacher für Ausnahmestellung. In der ersten Januarwoche hielt das bayerische Zentrum in München seinen Parteitag ab. Die Mitteilungen, die aus den geheim geführten Verhandlungen an die Öffentlichkeit gedrungen sind, lassen erkennen, daß im bayerischen Zentrum Scharfmacherlust recht. Die Sicherung soll sich im scharfmacherischen Sinne belagern, so wesseln es die bayerischen Gewerkschaftsführer. Das Zentrum hat ein ge-schickliches Maß von Sünden auf sich geladen und hängt vor dem nahenden Volksgericht. Die Volksausplünderung durch die Reichsfinanzreform und die bayerische Steuerreform haben die Wirkung gehabt, daß auch die gläubigsten Zent-rumsanhänger zu denken beginnen. Das kam der sozial-demokratischen Agitation zugute. Auch die freien Ge-werkschaften sind in Gebiete eingedrungen, die bisher von den schwarzen Herrschaften vor jedem Hauch modernen Geistes behütet wurden. Dem Aufbegehren über diese Er-weinung gab der Meiserent, Herr Siegel, Ausdruck. Er wurde sogar poetisch und diktator: „Mein Dörslein ist so ein, es kommt der Sozi doch hinein.“ Der Rückgang, be-sonders des christlichen Staats- und Gemeindegewerkschaft-Verbandes unter Führung des be-rühmten Herrn Ewald ist festsichtlich, und da selbst die grauamsten Scharmänner, die über angeblichen Terrorismus ausgeheult werden, sich lieber als Schwindel erweisen, so forderten christliche Gewerkschaftsführer, allen voran der Münchener Ein-zugsrat, die Zentrumsleitung auf, von der Regierung eine förmliche Sozialdemokratenverfolgung zu verlangen.

Dies war selbstverständlich Wasser auf die Mühle der Scharfmacher im Zentrumslager und prompt forderte der unge-Worwandbesitzer und erbliche Reichsrat Graf Piccolomini ein Ausnahmestellung gegen die Sozialdemokratie, und es gleich in einem Aufsätze hingang, sofortige Vereinfachung der Minister, welche die Tätigkeit der Sozialdemo-kraten als hervorragende bezeichnen und die diejenigen noch als gleichberechtigte Staatsbürger behandeln. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, in der „mit allem Nachdruck der Staatsregierung an das Herz gelegt wird, die sozialdemokratischen Agitatoren das Handwert zu legen und sie nötigenfalls zu befeichtigen.“

Die Macht dazu hat ja das Zentrum mit seinen 98 laar Stiefeln im bayerischen Landtag. Doch die deutsche Arbeitererschaft kennt die treibenden Kräfte bei solchen Scharfmacherien, und sie weiß, daß sie die „zunächst schär-fre Anwendung der bestehenden Gesetze“ den völlig ver-ehrten christlichen Gewerkschaftsführern zu danken haben und, die sich auf dieser Zentrumsatmosphäre wieder einmal als Schlepptier der Zentrumspartei und als Schreit-macher der dahinterstehenden Scharfmacher in ihrer ganzen Größe gezeigt haben.

Pollzeiliches und Gerichtliches.

Mitler der Ordnung.

Ein Kollege M. in Poffen war wegen Verdacht des Diebstahls festgenommen worden. Wie wir vorweg lernen wollen, Leisetzte sich dieser Verdacht nicht, und mußte nach kurzer Zeit die Freilassung erfolgen. Nach der Verhaftung haben die Logisleute des 8-jährigen Kindes in ihrer Verwahung befindliche Eigentum deskollegen der Rossener Polizeiverwaltung übergeben, darunter bestand sich auch des Mitgliedsbuch des Kollegen, welches, wie der Ausdruck auf der Titelseite besagt, Eigentum des Ver-bandes ist. Der Vorstand reklamierte nun sein Eigentum, das Amt, bei der Behörde, bekam aber zu seinem aller-gößten Erstaunen nicht etwa das Buch, sondern nach wochen-langen Ermittlungen stellte sich ein Beamter auf dem Ver-bandsbüreau ein, der dem Vorstand das Ergebnis der Nach-forschung überbrachte. Und das war zunächst eine Mit-teilung der Polizeiverwaltung Poffen vom 1. Dezember 1910: „Nachforschlich zurück. Das Buch war bei uns ab-gerechnet und lag auch anfangs der Sache bei. Dasselbe muß abhandeln gekommen sein. Einen besonderen Wert hatte es nicht, denn es enthielt nur die Verbandsstatuten und Eintragungen über gezahlte Beiträge.“ Dem war dann die Verfügung der Staatsanwaltschaft vom 8. Dezember beigefügt, dem Vorstand die Erklärung vorzulegen.

Ueber den Charakter des ihr übergebenen Mitglieds-buches befindet sich die Rossener Polizeiverwaltung in einem Irrtum. Das Mitgliedsbuch enthielt die Eintragungen über gezahlte Beiträge, auf Grund deren der Inhaber des Buches allein seine Ansprüche an den Verband zu begründen vermag. Das Mitgliedsbuch ist also zum Zwecke von Rechten oder Rechtsverhältnissen von Erblichkeit, ist eine Urkunde. Daß eine solche Urkunde bei einer Polizeibehörde, zu deren besonderen Obliegenheiten es ja bekanntlich gehört, für Ordnung zu sorgen, verschwinden kann, finden wir recht verwunderlich. Noch mehr, oder vielleicht auch gar nicht verwunderlich ist es aber, daß die Behörden eine Erklärung wie die obige abgeben konnten, ohne dazu ein Wort der Entschuldigung für das tatsächlich festgestellte Verschwen beizufügen.

Die Ueberreichung eines Kranzes — eine Verleumdung. Zu diesem wunderbaren Entscheld ist das Schöffengericht in Weiserlauntern gekommen. In A. bestanden sich die Schreiner der Firma Edel seit vielen Wochen im Streit. Die Firma hat eine Anzahl Arbeitswilliger erhalten, darunter auch den früheren Bevollmächtigten der Zehnfache des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Peter Wilking, unter dessen Einwirkung der Streit beschlossen worden war. Als Wilking eines Mittags die Arbeitshalle verlassen wollte, trat ein anderer Arbeiter auf ihn zu und setzte ihm mit den Worten: „Dem Verdienste die Krone!“ einen Kranz auf's Haupt. In diesem Tatbestand erblickte das Schöffengericht Kaiserlauntern die Merkmale der Verleumdung, da durch diese Handlungswiese, wie es im Urteil so schön heißt, der Angeklagte seinen Aecker und seinen Anwillen, aber auch seine Vermögenssituation und Wertschätzung gegen den Ar-beitswilligen Ausdruck verliehen und demselben dem Ge-spötte preisgegeben hat. Da im weiteren, wie das Gericht annimmt, die Ehrverletzung bezweckt habe, den Peter Wilking die Arbeit bei der Firma Edel zu vereiteln, so qualifiziere sich die Verleumdung als eine Verletzung gegen den § 153 der Gewerbeordnung und mußte mit Ge-fängnis bestraft werden. 3 Tage Gefängnis war dem auch die Sühne für den Frevel. Auch wurde dem Peter Wilking die Befugnis zugesprochen, das Urteil des Schöffengerichts in einem Kaiserlauntern Lokblatt zu veröffent-lichen. — Das Urteil ist so ziemlich das Wunderbarste, was auf dem Gebiete der Ehreentwertung Arbeitswilliger in den letzten Jahren gefasst wurde. Die Ueberreichung eines Kranzes eine Verleumdung, um den Verdiensten zu beran-lagen, die Arbeit niederzuliegen, das ist ein Gebrauchs-gang von solcher Gewaltigkeit, daß wir bestaunt und gefasst unsere Augen zu Boden richten.

Technisches.

Eine neue Tischlereimaschine.

Die Maschine hat in der Tischlerei erst verhältnismäßig spät Eingang gefunden. Die Wandfläche fand in Deutsch-land erst nach 1870 in größerer Maße Anwendung und die Hobelmaschine erst in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre. Seither hat aber die Maschine den Produktions-prozess in der Tischlerei ganz grundlegend revolutionisiert, und fortwährend werden Verbesserungen an den Maschinen er-funden und neue Maschinen eingeführt selbst für solche Ver-richtungen, von denen man bisher glaubte, daß sie dauernd der Handarbeit vorbehalten seien. Das gilt insbesondere für das Abspalten von Furnieren. Seit einiger Zeit sind für diesen Zweck Schleifmaschinen im Gebrauch, auch hat man Maschinen nach dem Prinzip der Abstrichmaschine kon-struiert, doch haben sich beide Systeme in der Praxis nicht sonderlich bewährt. Wie ja so vielen anderen Dingen, ist man auch auf diesem Gebiet nunmehr in Amerika bah-nbrechend vorgegangen. Dort werden Maschinen hergestellt, welche die früher an Abspaltmaschinen beobachteten Mängel gänzlich vermeiden. Nach einem ähnlichen System wie diese amerikanischen Maschinen sind auch die von einer Leipziger Fabrik hergestellten Maschinen hergestellt, von welchen ein Kollege die nachstehende Beschreibung gibt, die einigee Interesse erregen dürfte.

Die Maschine, ein Klotz von rund 92 Zentnern, ist gebaut wie eine kleinen Hobelmaschine, nur mit dem Unter-schied, daß das zickzackartige Messer nicht rotiert, son-derne festgeschraubt in einem sogenannten Messertasten unter-gebracht ist. Der Tisch hat ungefähr eine Größe von 110 x 100; er ist durch Maschinenkraft auf und abwärts zu bewegen. Acht schwere starke Walzen, vier oben und vier unten, sowie die neuartige, welche mit einer einen Zentimeter starken Gummirollen überzogen und direkt über dem

Messertasten angebracht ist, besorgen den Transport des wie gewöhnlich turnierten Holzes. Der Span fällt, so langsam und breitt wie das zu bearbeitende Objekt ist, durch den Messer-tasten. Der Maschine, welche in der Minute 21 Meter trans-portiert, kosten allerdings noch manche Mängel an. Diese nachzusuchen geht es in den meisten Fällen noch nicht ab. Aufbaum, Maßstab, Messer, überhand als Furniere, wo der Keim durchschlägt, sind noch nicht gelöst. Vorteilhaft von der Maschine gewacht zu werden. Diese resultiert sich verlässig nur in Spanfabriken, wo viel Holz verarbeitet wird, sogenannte Tandem-are feigtelt wird. Die An-schlagsumme ist ziemlich hoch. Es sind demnach noch eine Reihe Anstellungen an diesen neuen „Eisernen Kol-legen“ zu machen, aber was ist bei der modernen Technik nicht alles schon gelungen, sie wird auch diese Mängelheiten an der geschilderten Maschine ausgleichen.

Das Schleifen des 1 Meter langen Messers geschieht durch eine eigens dazu konstruierte Schleifmaschine. Sie ist in ihren Grundrissen gebaut wie die ja in jedem Maschinen-betriebe befindlichen Schleifmaschinen für Hobelmesser. Das 4 Millimeter starke zickzackartige Messer wird senkrecht in den Schlitten eingespannt, zwei darüber liegende kleine Schmirgelrädchen schleifen auf jeder Seite eine Nase an, und zwar so, daß die Schneide des Messers etwas außer-halb der Mitte kommt. Ein über der Schneide angebrachter Zahnhals drückt dann einen Grat daran, wie bei der zick-zack durch Menschenhand und dies ist die wirkliche Schneide. Versteht man der Maschinensarbeiter dem Grad die richtige Schräge zu geben und haben die Messer die richtige Härte im Stahl, dann funktioniert die Maschine auch. Flächen bis zu 60 Zentimeter breit gehen glatt durch, sind dieselben breiter, finden oft Störungen im Transport statt. Erwägt man, was für ungeheure Muskelkraft dazu gehört, das Furniere Holz, sagen wir einmal zu einem Kubikmeter Holz, zu piken, so atmet der Arbeiter erleichtert auf, wenn derselbe es gepulvt bekommt. Wo diese Maschine zur Einführung gelangt, geschieht das natürlich zu dem Zweck, um menschliche Arbeitskräfte zu ersparen. Es werden also, wie das die Folge jeden technischen Fortschritts ist, Arbeiter überflüssig. Machtbedenken weniger begreifen wir diese wie jede neue Maschine als einen Triumph des Menschengesittes, der zwar einzelne vorübergehende empfind-lich treffen kann, letzten Endes aber doch der menschlichen Gesellschaft zum Vorteil gereicht.

Fachblatt für Holzarbeiter. Mit dem sechsen erschienenen Jahrgang tritt das Fachblatt in seinen sechsten Jahrgang ein. Die Ausstattung des Heftes ist gegen früher wesentlich verbessert worden. Der Druck ist durchweg auf Kunstdruckpapier erfolgt, das eine saubere und klare Wiedergabe der Abbildungen ermöglicht. Der Brief-fasten hat eine Erweiterung insoweit erfahren, als jetzt alle geeigneten Fragen beantwortet werden und die Leser zu deren Beantwortung eingeladen werden. Dadurch sollen die Erfahrungen einzelner für die gesamte Leserschaft nutz-bar gemacht werden. Die Anordnung des Heftes ist so er-folgt, daß beim späteren Einbinden der gesammelten Hefte der monatlich wiederkehrende Titelkopf in Begfall kommt und somit den gefassten Charakter eines Jahresbandes nicht mehr stört. Man darf also mit Recht erwarten, daß die künftigen Jahrgänge des Fachblattes noch in höherem Maße als ihre Vorgänger eine Zierde jeder Bibliothek sein werden.

Das vorliegende Heft befaßt sich eingehend mit der dänischen Ausstellung, die gegenwärtig und noch bis Ende Februar im Berliner Kunstgewerbemuseum unent-gelich zu besichtigen ist. Die qualitativen Leistungen unserer dänischen Kollegen erscheinen dabei in einem recht günstigen Lichte. Ein Artikel Vangelbrudts behandelt etwas vom Programm der neuen Kunstausstellung: die Christlich-keitskunst in der Kunstgewerblichen Schaffen. Eines der wichtigsten Materialien des Tischlers, der Leim, wird in seiner Erzeugung eingehend geschildert. Die betreffende Abhandlung soll noch eine Fortsetzung erfahren. An Hand vieler Konstruktionszeichnungen behandelt Otto Winkelmüller die Spielstücke. Trodtem er sich nur auf die gebräuchlichsten Formen beschränkt, sind es der Beispiele eine große Zahl. Daneben bietet das Heft noch einige En-twürfe sowie kleinere Abhandlungen.

Das Fachblatt für Holzarbeiter erscheint am 15. jedes Monats und ist gegen 1 Mk. pro Vierteljahr bei allen Post-anstalten und den Verwaltungsstellen des Deutschen Holz-arbeiter-Verbandes zu abonnieren, sowie bei der Expedition, Berlin C 2, Neue Friedrichstraße 2. Einzelhefte werden zu 50 Pf. abgegeben.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin C 2, Neue Friedrichstraße, bezogen werden.

Die Gewerkschaften. Wesen, Aufbau, Kampf-mittel und Ziele der österreichischen und deutschen Gewerkschaften, Vortragsdispositionen von Adolf Braun. Diese Schrift, deren erste Auflage wir vor kurzem angezeigt haben, ist nun in der zweiten Auflage herausgekommen. Sie enthält bekanntlich nicht Vorträge, sondern Anleitungen zum Halten von Vorträgen. Die zweite Auflage ist durchgesehen und verbessert, sie ist nun 56 Seiten stark und vor allem durch Literaturangaben bereichert. Der Preis der zweiten Auflage ist mit 60 Hellern, 60 Pfennigen beim Bezug durch direktet Bestellen der Gewerkschaftsorganisationen festge-setzt und ist von der Zentralstelle für das Bildungswesen der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich (Woberl Danneberg, Wien V., Wienstraße 89A) zu beziehen.

Wahlvereinstellung — Polizeiwörter. Die Wahlpunkte des scharfblauen Volks. Neben der Abgeordneten David, Franz, Schedemann und des Reichstagslers bei den Staats-beratungen am 8. bis 14. Dezember 1910. Nach den Heno-graphischen Berichten. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis 40 Pf.

Geschichte der Revolutionen. Von Fr. A. Con-rod. 50 Hefte a 20 Pf. Wöchentlich ein Heft illustriert Hest. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 6. Die Hefte 5-7 sind erschienen. Abonnements — die jeder-

zeit begonnen werden können — nimmt jeder Zeitungs-
 spectateur und Kolporteur entgegen; sie liefern auch auf
 Wunsch ein Probebest gratis.

2 x 2 = 4. Eine vollständige philosophische Welt-
 betrachtung von Emil Cioran. Kommissionsverlag der
 Leipziger Buchdruckerei H. W. Preis broschiert 2,50 M.
 Ein wunderbares Werk. Ebenso sonderbar wie sein
 Titel ist die Art seiner Darstellung. Der Verfasser ist
 ein ebemaliger Lehrer, der jetzt irgendwo in Frankreich als
 Bauarbeiter sein Brot sucht. Das Manko des Verlags
 haben einige Leipziger Bibliothekare persönlich über-
 genommen. Das Werk soll eine Philosophie sein für den
 Arbeiter, der gewillt ist, einige ruhige Stunden an die
 Lösung von Lebensrätseln zu verwenden. Seine Sprache
 ist verständlich. Lebensweisheit, die uns unsere Umgebung
 verstehen, die Naturgesetze erkennen lehrt. Der Zusammen-
 hang der Dinge im Weltall, sagt der Verfasser, sei so klar,
 als 2 x 2 = 4, und biete keinen Raum für Uebersinnliches.

Aus diesem Zusammenhang der Dinge leitet er die Sitten-
 lehre her, in die das Werk ausstrahlt: „Alles, was das
 Leben erhält, fördert, reinigt, ist gut. Alles, was das
 Leben herabdrückt, ist böse.“ Aber es ist kein Frage- und
 Antwortspiel, diese „Philosophie“, sondern, wie der Ver-
 fasser sich ausdrückt, nur eine „Aufforderung zum Tanz“,
 zum eigenen Denken.

„Die Heilung der Cynitis durch Eulich Gala 606“
 oder vielmehr, wie dieses vielbesprochene und erfolgreiche
 Mittel jetzt genannt wird, durch Salverfan, behandelt der
 bekannte Berliner Arzt und Hochschuldoktor Dr. Heinz
 Ritel in seinem seeben unter obigem Titel erschienenen
 Buch. Die Entdeckung Prof. Ehrlichs ist zweifellos eine so
 bedeutende und die von ihm bekämpfte Krankheit eine so
 weit verbreitete, daß eine von berufener Feder geschriebene
 fachliche und allgemein verständliche Darstellung des
 Themas wohl am Platze war. Dr. Ritel's Buch ist seeben im
 Medizinischen Verlag Schweizer u. Co., Berlin NW. 87/

zum Preis von 1,80 Mk. erschienen und als ein wichtiges
 Aufklärungsbuch ebenso für Gesunde wie für Kranke zu
 betrachten.

**Allgemeine Kranken- und Sterbefälle
 der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen**
 (E. S. 88, Hamburg.)

- Im Dezember 1910 fanden Ueberfälle ein: Berlin A. 400,—, Berlin C. 400,—, Berlin D. 400,—, Würzel
 800,—, Furthwangen 300,—, Bergedorf 250,—, Nürnberg
 200,—, Hannover 200,—, Siegburg 200,—, Kaisers-
 lauter 100,—, Hamburg I 100,—, Hamburg II 100,—,
 Gelle 150,—, Braunschweig 100,—, Halle 60,—, Zu-
 sammen 3260,— M.

Zuschuß erhielten: —
 Ju L. M a h m a n n, Hauptkassierer, Hamburg 10.

Versammlungs-Anzeiger.

Frankfurt a. M., Samstag, den 28. Januar,
 abends 8 1/2 Uhr. Sektions-Versammlung der Wagner
 im Anverkschaftshaus, Kleiner Saal B.

Anzeigen.

Hamburg. Der paritätische Arbeitsnachweis ist
 am 1. Oktober 1910 eröffnet und befindet sich Hamburg 8,
 Beckmannstraße 11. Für den geschäftlichen Verkehr
 geöffnet von vormittags 9 bis 1 Uhr. Telephon
 Gruppe III, 4430 und Gruppe I, 3719.

Das Umschauen im Stahlgebiet. Hamburg-
 Altona, Wandebel, Wilhelmshafen und Schiffeel ist
 strengstens verboten. Die Einstellung der Vertrags-
 druckerei darf nur durch den paritätischen Arbeits-
 nachweis erfolgen.

Lübeck. Der paritätische Arbeitsnachweis für das
 Solgarbeiter zu Lübeck befindet sich Fischstr. 28 und
 ist geöffnet von mittags abends von 6 1/2 bis 10 Uhr. Die
 gesamte Arbeitsvermittlung erfolgt nur durch diesen
 Arbeitsnachweis. Umschauen ist strengstens
 verboten.

Wittenberg. Der paritätische Arbeitsnachweis für
 Bergedorf, Rottorf, Grönitz, Nienburg, Ransleben und
 alle in der Goldbergstr. befindlichen Arbeiter
 befindet sich bei Kollegen Georg Ständel, Wittenberg
 Wittenberg, wo alle Anfragen zu richten sind. Die
 Kollegen werden ersucht, nur diesen Arbeitsnachweis
 zu benutzen. Umschauen ist strengstens
 verboten.

Regesfeld. Die im Lohngebiet Regesfeld Arbeit
 findenden Kollegen haben, bevor sie in Arbeit treten,
 im Vereinslokal, Sedanplatz 7, Erkundigungen ein-
 zuziehen.

Wittenberg. Der paritätische Arbeitsnachweis für Tischler,
 Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet
 sich beim Kollegen Einar Hermant, 22, vor dem
 Umschauen ist strengstens verboten. Die Arbeits-
 nachweise sind im Vereinslokal, Wittenbergstraße 41,
 abends 7 bis 10 Uhr, an
 Sonn- und Feiertagen mittags von 12—1 Uhr.

Hausen. Der paritätische Arbeitsnachweis
 Hausen, 59, Umschauen ist strengstens verboten.

Alb. Pulchendorf, Störnmacher, zuletzt in
 der Größen a. E. sende Deine Adresse an Deine Eltern.

Eilfertiger Tischler, oder Arbeiter der mit
 Bandlage und Fräse vertraut zum 15. Feb.
 für dauernd gesucht.

F. Meiners, Böhlow, Medt.
 Suche einen Tischler.
Aug. Drethahn, Tischlermeister,
 Lehrentin b. Ludwigslust (Mecklenb.).
 Einen tüchtigen Bauschneider sucht
Karl Durau, Anrnhofstadt, Polen.

Stuhlbauer auf bessere
 Stühle.
H. Denschel, Coppenbrügge b. Hannover.
 2 tüchtige Stuhlbauer auf moderne Sitz-
 möbel bei gutem Verdienst sofort gesucht.
G. Bloos, Coburg, Hausmannstr. 3.
 Für meine Spezialfabrik (Bachmülden) suche
 per sofort durchaus tüchtigen **Stellmacher**
 (mittelfrei) bei gutem Lohn.
E. Zeiske, Rautenburg a. Saale.
 Ein mit allen Arbeiten vertrauter
Fertigmacher (Anschläger)
 für bessere furnierte Möbel sofort gesucht.
Sermann Wähler, Bahnhofsstr. 29.

Übersäger
 tüchtiger Hand- u. Maschinenführer in allen
 Klein-Reparaturen bewandert sucht Stellung.
 Offerten erbeten unt. **Nr. 240** an die
 Holzarbeiter-Zeitung. Kollegen die mir eine
 Stelle vermitteln können, bin ich sehr dankbar.

Suche sofort einen tüchtigen **Drechsler-
 gefellen** für dauernde Arbeit.
S. Hage, Drechsler mit Kraftbetrieb
Kräpelin, Medt.

Mehrere tüchtige **Drechsler** finden dauernde
 Beschäftigung in der Dampf-Drechsler von
Johannes Zappner, Starzard i. Pomern.

1 Drechsler auf Trieb, im Gewinde-
 schrauben genügt, stellt ein.
E. Grail, Wörlitz, Anb.

Jünger, tüchtiger Drechsler, der auf
 Tischhäuten und Füße eingearbeitet ist, zu
 sof. gef. Dauernde Beschäftigung, hoher Lohn.
Heinricher Holzdrechsler

Georg Wahlenkamp, Meinfeld, Holstein.

Ein tüchtiger
Korbmachergehilfe
 auf Geischlagen, Gestell u. Reparaturarbeiten
 gesucht. Selbiger hat für den Laden zu
 arbeiten und muß somit selbständig tätig
 und durchaus zuverlässig sein. Guter Lohn,
 dauernde Stellung.
Joh. Fald, Rostock.

Tücht. Korbmacher auf Mattarbeit gej. bei
Wth. Voder, Langenweddingen
 b. Magdeburg (Am Bahnhof).

**Werkmeister
 für eine Rohstockfabrik**

in Oesterreich-Ungarn, der das Blegen und
 Durchblegen von Weisbuchenanteln versteht,
 energisch und intelligent ist, wird gesucht.
 Hoher Lohn, Lebensstellung. Anträge sub
 „Selbständiger Letter“ an die Expedition
 dieses Blattes.

3 tüchtige, nichternestorbmacher auf Matt-
 arbeit erhalten sof. dauernde Beschäftigung.
Paul Winlers Korbfabrik
 Gerischdorf i. Riesengeb.

Ein **Grabbeiger** für Spazierstöcke sofort
 gesucht. Offerte an
Gebirder Marschall, Mannheim.

1 bis 2 Korbmachergesellen auf Reis-
 körbe sucht
Otto Winter, Korbmachermeister
 Falkenberg, Bez. Halle.

Ein **Korbmacher** auf Geischlagen (Meißel-
 körbe) gesucht.
L. Zeppen, Witten a. Lub.

Einen **Korbmacher** auf Mattarb. verlangt
 sofort **Franz Thiele,** Nipperwiese a. Ober-
 Gemath (Pflanzengröße).
H. B. Niewel, Korbmachermeister
 Falkenberg, Holstein.

Bantinentfabrik.
 Tüchtiger **Schneider** der auch Kette
 schneiden kann, findet dauernde Beschäfti-
 gung bei hohem Lohn.
Hille & Co., Dahme i. Mark.

Dübeleisen
 für Stuhlmacher und Schreiner. 6—18 mm
 Lochdurchmesser. Liefere für 1,40 Mk. geg.
 Nachnahme. Wiederverkäufer Rabatt.
Al. Voh, Stuttgart-Ostheim.

Abriehte, 30—50 cm breit, gebraucht
 aber noch gut erhalten, zu kaufen gesucht.
 Off. unt. **Nr. 239** bef. die Exp. d. Zig.

Das seeben erschienene Jahrbuch
 des „Fachblatt für Holzarbeiter“ führt in
 Wort und Bild einige Leistungen des
Dänischen Tischlergewerbes
 vor. Aus dem sonstigen Inhalt heben wir
 hier hervor:
Ehrlichkeit im Kunsthandwerklichen
Schaffen.
 Was der Tischler vom Leim wissen muß.
 Spielzeuge. Mit vielen Konstruktions-
 zeichnungen.
 Das Fachblatt für Holzarbeiter erscheint
 monatlich und wird von jetzt ab voll-
 ständig auf Kunstdruckpapier hergestellt.
 Das Abonnement kostet pro Vierteljahr
 1 Mk. Einzelhefte kosten 5 Pf. und der
 Expedition Vorbestellen und Mäße, wenn
 sie den Betrag rechtzeitig und möglichst
 gleich für das ganze Jahr einbringen.
 (1 Mk. kosten auch nur 10 Pf. Bortol.)
 Einzelhefte werden mit 50 Pf. berechnet.
 Die bisher erschienenen Jahrgänge
 werden gebunden zu 5 Mk., in Heften
 zu 4 Mk. abgegeben. Der Jahrgang 1908
 ist vergriffen, der Jahrgang 1910 in
 5 Hefen nicht mehr fürwiegend zu haben.
 (Es fehlen die Hefen: Januar, Oktober
 und November.) Dagegen können von 1910
 noch eine Anzahl kompletter gebun-
 dener Jahrgänge abgegeben werden.
 Das Sonderheft München ist einzeln
 zum Preise von 50 Pf. erhältlich.
 Einbanddecken sind zum Preise von
 1 Mk. noch zu allen Jahrgängen zu haben.
 Bestellungen auf Abonnements für
 1911 sind an die Druckverwaltung oder
 das Postamt zu richten, oder direkt nach
 Berlin S. 2, Neue Friedrichstraße 2

Tischler-Fachschule.
 Zeichner, Werkführer, Meister.
Neustadt i. Meckl.
 Staatlich subv. Progr. kostenlos

**Qualitäts-Marken und
 Kautschuk - Stempel**
 liefert seit 30 Jahren
Jean Holze & Co.
 Hamburg, Bismarckhof 70.

Wir haben von dem Jahrgang
 1910 der Solgarbeiter-Zeitung 500
 Exemplare auf besserem Papier
 drucken lassen, die wir in gutem
 Einband den Bahnhöfen für ihre
 Bibliotheken, sowie auch für den
 Privatgebrauch hiermit offerieren.
 Der Preis beträgt 7,50 Mark,
 den Bahnhöfen geben wir den ge-
 bundenen Jahrgang zum Vorzugs-
 preis von 5 Mark ab.
 Bestellungen baldigst erbeten.

Verlagsanstalt des
 Deutschen Holzarbeiter-Verbandes
 Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Amerikanische Werkzeuge!
 Abziehsteine, Hobelbänke, Reform-
 Punzoböl, Fußschwänze usw.
 liefert billig und gut
Otto Bergmann, Berlin SO., Doppelstr. 31.
 Preislisten gratis und franco.

**Süddeutsche
 Schreiner-Fachschule**
 Nürnberg. Erstklassige Lehranstalt.
 Kirchweg 14. Dir. Carl Malbaum.

In unübertroffen
einfacher
 und klarer Weise lehren die Selbst-
 unterrichtswerke System Barnack,
 Hachfeld: Zimmerstr., Holz-
 bildhauer, Kunst- und Möbel-
 tischler, Bauschneider, das an den
 betr. Fachschulen gelehrt Wissen,
 dessen man zur Erlangung höherer
 Stellen resp. zur Ablegung einer
 Prüfung bedarf. Glänzende Erfolge,
 Anerkennungen und Ansichtssond.
 bereitwilligst ohne Kaufzwang.
Bonness & Hachfeld, Potsdam W. 10.

Patent-Abziehsteine
 D. R. P. Nr. 168 433
 aus Schmirgel, Diamantin, Carbonsilit, Corand.
 Unerreicht an Härte, werden nie stumpf.
 Für Öl und Wasser.
 Volle Garantie für jeden Stein.

Größen:
 220x30 mm doppelt grob und fein à Stück 4,— Mk.
 155x45 „ „ einfach fein 2,50
 155x45 „ „ einfach grob 2,—
 Ein Versuch führt zu dauernder Nachbestellung
 Versand gegen Nachnahme.
Heinr. Clasen & Co., Altona (Elbe),
 Langensfelderstr. 45.

Tischler-Fachschule Detmold
 Direktor Kolscher. Älteste u. bestrenommierte
 kunstgewerbliche Lehr-
 anstalt dieser Art.
 Stadt, Schulgebäude. Vollständig zeichnerische
 und kaufmännische Aus-
 bildung in denkbar kür-
 zester Zeit.
 Eintritt am 1. u. 15. jeden
 Monate. Auskunft kostenlos.

**Deutschlands einzige
 m. Handels-Lehranstalt verbund.**
Tischler-Schule Ilmenau 8
 Werkführer, Zeichner, Buchb., Betriebsl.
 Gründl. technische u. kaufmännische
 Ausbildung, Erfolg garantiert.
 Programm frei

**Erstkl. Tischler-Fach-Kurse
 Dresden-A.**
 Mächtig u. Berlin, Tischl. u. Zeichner (Sonder-
 mäßig). Direkt. Max Gemperle, Kronprinzstr. 6.
 Schnelle und gediegene Ausbildung.
 Alter der Schüler 18 bis 44 Jahre.
 Programm frei.

Kunstgewerbliche Tischlerschule
 Blankenburg, N. 2
 Programm frei. Direktor Reinkeing.

Paul Horn, Polltur- u. Lackfabrik Hamburg 23

Nach meinem zweideutsche Reichspatente
 durch gesch. neuem
 verfahren werden die Poren des Holzes beim Pollieren mit spritzlichem Pollierpulver
 (Lackstosspulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht
 „ : : eine sofortige Porenfüllung : : „
 man erspart Material, Zeit, Arbeit,
erzielt : : : edlen, unverschleierten, glasartigen Hochglanz, klare,
 durchscheinende Poren, wunderbares Feuer der flam-
 migen Maserung, volle Schönheit des Holzes,
vermeidet Oelschwitzen, Rissgeroden der Pollturdocke, weisse
 Flecke, sowie Einschlagen der Polltur.
 Beim Pollieren wird kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz, sondern reine unver-
 fälschte Schellack-Polltur verwendet.
 Es ist patentrechtlich strafbar, ohne meine Einwilligung beim Zupollieren der Poren
 spritzliches Pulver (Lackstosspulver) anzuwenden; ganz gleich, unter welchem
 Namen dasselbe angeboten oder verkauft wird.
Ich versende zum Versuch ein Körbchen enthaltend
 1 Flasche Marmor-Mono-Polltur-Extrakt zum Grundpollieren
 1 Neutral-Schellackpolltur-Extrakt zum Mittel- und Feinpollieren
 1 Patent-Polltur zum Reinpollieren
 1 allerfeinsten Polltur-Glanzack, blond, zum Ausziehen von Kehlleisten usw.
 1 allerfeinsten Kristall-Glanzack, blond (Stuhllack, Drechsler-, Bildhauerlack)
 1 Schleif- und Polieröl, gelblich
 1 Dose Porenpulver, feinste Marke „Hornol“
 1 Porenpulver, gemischte Qualität „Marmor-Mono“
 1 Bimstein-Pollierpulver, hellnussbraun
 1 Tube Inkrustationsschiff (Holzklit), blond, zum Auskiten schadhafter Holzstellen
 1 Stück Korkschleifklötz, 120x75x30 mm
 zum Ausnahmepreis von 8 Mark franko inkl. Emballage gegen Nachnahme.
 Ich übernehme jede Garantie für die Güte der Ware und für ein gutes Resultat.
 Bei Bestellungen genügt die Angabe: **1 Postkollo** zum Versuchs-pollieren à 8 Mark.
Mein Lehrbuch über das Beizen, Mattieren, Pollieren, Lackieren, Schleifen, des
 Holzes enthält in markiger Werkstattsprache fachwissenschaft-
 liche Anteile über alle Vollendungsarbeiten der Holzindustrie, eine künstlerisch aus-
 geführte 40farbige Beiztafel und Preisverzeichnis über 160 Artikel. Empfohlen und
 glänzend beurteilt von Prof. Dr. Mellmann-Berlin, Prof. Dr. Ottokar Lenock-Brünn, Prof.
 Ch. Herm. Waide-Warmbrunn, Prof. Rudolf Hammel-Wien, Direktor Oskar Strobel-München,
 Louis Edgar Andés-Wien (Techn. Gewerbe-Museum), k. k. Staatsgewerbeschule-Gratz, Direktor
 J. Gossmann, München. Preis Mk. 1,50. Bei Auftragstellung wird der Betrag zurückvergriffen.
Werkstattplauderei. Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Herausgeber: Paul Horn,
 interessant, unterhaltend, lehrreich für alle Männer der Werk-
 statt, behandelt die Konstruktions- u. Werkzeuge, das Material und alle Arbeitsgebiete
 der Holzindustrie in volkstümlicher Form. Abonnement: Jährlich 12 Nummern 3 Mark.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Gesellsch. m. b. H. in Berlin.
 Druck: Bornwärdt Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 69.